



Hochschule für
Wirtschaft und Recht Berlin
Berlin School of Economics and Law

Prof. Dr. Clemens Arzt
Fachbereich Polizei und Sicherheitsmanagement

Versammlungsrecht

Rechtsprechung

Übersicht zu für die Polizeipraxis und -ausbildung interessanten
Gerichtsentscheidungen.

Zur Stichwortsuche benutzen Sie bitte die Suchfunktion Ihres pdf-Readers.

Die Übersicht ist thematisch und innerhalb der jeweiligen Themenkomplexe
chronologisch gegliedert.

Eine Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit kann nicht übernommen werden.

Stand: Juni 2021



Inhaltsverzeichnis

Das Inhaltsverzeichnis ist interaktiv.
Sie gelangen mit Klicken direkt zum genannten Thema.
Beim Klicken auf die Überschriften gelangen Sie wieder zum Inhaltsverzeichnis.

Versammlungsrecht der Länder.....	3
Versammlungsbegriff / Grenzen der Versammlungsfreiheit.....	3
Verbot / Auflagen / Auflösung / Beschränkende Maßnahmen	12
Vorfeldmaßnahmen.....	38
Datenerhebung bei Versammlungen.....	40
Versammlungsstrafrecht.....	42

Versammlungsrecht der Länder

Die Ermächtigung der Polizei zur Anfertigung von Übersichtsaufnahmen nach § 1 III des Berliner Gesetzes über die Aufnahmen und Aufzeichnungen von Bild und Ton bei Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzügen vom 23.04.2013 ist mit der Verfassung von Berlin vereinbar.	VerfGH Berlin, 11.04.2014, NVwZ 2014, S. 1317 m. Anm. Neskovic/Uhlig; = ZD 2015, 474
Erfolgreiche Verfassungsbeschwerde gegen inzwischen geänderte und aktuelle Fassung des BayVersG	BVerfG, 21.03.2012, DVBl 2012, 835
Den in Art. 70 I SächsVerf. zum Ausdruck kommenden Anforderungen entsprechen nur solche Gesetzesvorlagen, die Wortlaut des zu verabschiedenden Gesetzes authentisch wiedergeben; Vorlage zum Gesetz über die landesrechtliche Geltung des Gesetzes über Versammlungen und Aufzüge v. 20.1.2010 entsprach dem nicht.	SächsVerfGH, 19.04.2011, NVwZ 2011, 936 = SächsVBl 2011, 183
Generelle Beschränkung des Fahrens im geschlossenen Fahrzeugverband für Teil eines einheitlichen Demonstrationzugs nach § 15 I BayVersG ohne Rücksichtnahme auf Gefährdungen wird Bedeutung des Art. 8 GG nicht gerecht	BayVGH, 17.09.2009, DÖV 2009, 1154 (Ls.)
Verfassungswidrigkeit von Bestimmungen des BayVersG von 2008. Zur Unzulässigkeit von Datenerhebungsmaßnahmen und einzelnen Bußgeldbestimmungen insbesondere für Leiter/Anmelder.	BVerfG 17.02.2009, NVwZ 2009, 441 = BayVBl. 2009, 335

Versammlungsbeginn / Grenzen der Versammlungsfreiheit

Art. 8 I GG verbürgt Durchführung von Versammlungen während eines auf einer öffentlichen Fläche stattfindenden herkömmlichen Volksfests (im Anschluss an BVerfG, Urt. v. 22.02.2011 - BVerfGE 128, 226 - Fraport	BVerwG, 08.01.2021, VR 2021, 252 = BayVBl 2021, 460 = SächsVBl 2021, 168
Bei Folgenabwägung in einem Verfahren des Eilrechtsschutzes wegen des Verbots einer Versammlung in deren Verlauf sich Personen von einer Autobahnbrücke abseilen und Transparente gegen den Weiterbau einer Autobahn anbringen wollten, überwiegt angesichts der Gefahr von Personenschäden infolge von Verkehrsstaus und Auffahrunfällen das grundrechtlich durch Art. 2 II GG geschützte Interesse zahlreicher Verkehrsteilnehmer das von Art. 8 I GG umfasste Bestimmungsrecht über den Versammlungsort	BVerfG, 07.12.2020, NVwZ 2021, 143 = NJW 2021, 461 (Ls.) = NZV 2021, 335 (Anm. Herber)
Nach gegenwärtigem Erkenntnisstand ist es jedenfalls nicht offensichtlich unzutreffend, wenn Versammlungsbehörde bei einem auf § 28 I 1, 2 IfSG in der bis zum 18.11.2020 geltenden Fassung gestützten Verbot eines von der „Querdenken-Bewegung“ angemeldeten Aufzugs mit erwarteten 2.000 Teilnehmern gegen die Corona-Politik der Bundesregierung davon ausgeht, dass ein Verbot der Versammlung zur Verhinderung der Verbreitung des SARS-CoV-2-Virus erforderlich sei, weil gleich geeignete mildere Mittel, insb. die Auflage von Mindestabständen, die Beschränkung der Teilnehmerzahl, eine Maskenpflicht oder die Anordnung einer ortsfesten Kundgebung nicht zur Verfügung stünden.	BVerfG, 21.11.2020, NVwZ 2021, 141
Unter strikter Wahrung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit können zum Zweck des Schutzes vor Infektionsgefahren auch weitere versammlungsbeschränkende Maßnahmen wie Versammlungsverbote oder die Verlegung des Versammlungsorts ergriffen werden, wenn mildere	OVG Bautzen, 07.11.2020, DVBl. 2021, 127 (Anm. Edenharter)

Mittel nicht zur Verfügung stehen und soweit der hierdurch bewirkte tiefgreifende Eingriff in das Grundrecht aus Art. 8 I GG nicht außer Verhältnis steht zu den jeweils zu bekämpfenden Gefahren und dem Beitrag, den ein Verbot zur Gefahrenabwehr beizutragen vermag.	= NVwZZ 2020, 1852 (Anm. Hofmann) = SächsVBl. 2021, 177
Ermächtigt bundesgesetzliche Vorschrift des § 28 I 2 IfSG zu Eingriffen in die Versammlungsfreiheit, dürfte für Annahme einer Sperrwirkung des Versammlungsgesetzes wohl kein Raum sein. Annahme ist nicht gerechtfertigt, dass die Anordnung zur Sicherstellung der einfachen Rückverfolgbarkeit iSd § 2a I NRWCoronaSchVO die Versammlungsfreiheit in unzulässiger Weise beschränkt.	OVG Münster, 23.09.2020, NVwZ-RR 2021, 162
Zwar kann im Hinblick auf Offenheit des Versammlungsgrundrechts für neue Formen im Einzelfall auch länger dauerndes Protestcamp einschließlich der angemeldeten Infrastruktureinrichtungen vom Schutz der Versammlungsfreiheit umfasst sein. Um dies feststellen zu können, bedarf es jedoch nachvollziehbarer konkreter Angaben des Anmeldenden, insb. ob und in welchem Umfang der beanspruchende Versammlungsort und die begehrte Infrastruktur zur Verwirklichung welcher Versammlungselemente wesensnotwendig sein soll.	OVG Berlin-Brandenburg, 29.08.2020, DVBl. 2020, 1498
Vom Schutzbereich der Versammlungsfreiheit können auch im Privateigentum stehende Straßen und Wege umfasst sein, auf denen – vergleichbar mit öffentlichem Straßenraum – ein allgemeiner öffentlicher Verkehr stattfindet. Bei der im Wege der praktischen Konkordanz vorzunehmenden Abwägung ist darauf abzustellen, welche Beeinträchtigungen der Grundrechte aus Art. 8 GG und Art. 14 GG konkret zu erwarten sind, wenn die Versammlung auf den privaten Flächen zugelassen oder verweigert wird.	OVG Lüneburg, 26.08.2020, DÖV 2020, 1084 (Ls.) = DVBl. 2021, 123 = NordÖR 2020, 591 (Ls.)
Tragen gleichartiger Kleidungsstücke als Ausdruck gemeinsamer politischer Gesinnung i.S.d. § 3 I VersG liegt nur vor, wenn Auftreten in derartigen Kleidungsstücken nach Gesamtumständen geeignet ist, eine suggestiv-militante, einschüchternde Wirkung gegenüber anderen zu erzielen. Das ist der Fall, wenn durch Tragen der einheitlichen Kleidungsstücke (hier: Warnwesten mit Aufdruck „Sharia Police“) der Eindruck entstehen kann, dass Kommunikation i. S. eines freien Meinungs austausches abgebrochen und eigene Ansicht notfalls gewaltsam durchgesetzt werden soll. Richtet sich Auftreten in einheitlichen Kleidungsstücken dabei auf bestimmte Zielgruppe, die beeinflusst werden soll, so kommt es darauf an, ob gerade diese nach den Gesamtumständen den Auftritt in dem letztgenannten Sinne verstehen kann. Eines tatsächlichen Zusammentreffens zwischen Trägern der „Sharia Police“-Warnweste und Mitgliedern der Zielgruppe bedarf es zur Tatbestandsverwirklichung hingegen nicht.	BGH, 29.04.2020, NSTz-RR 2020, 292
Verpflichtung der Kölner Polizei, festinstallierte Kameras während einer Demonstration abzudecken	OVG Münster, 13.03.2020, CR 2020, R44 = ZD 2020, 481 (Anm. Petri)
Wenn sich Mitglieder einer politischen Partei i.S.d. Art. 21 I GG einer sog. Fridays for Future-Demonstration anschließen, bleiben sie auch dann Teilnehmer der Versammlung, wenn sie Plakate, Fahnen, Flugblätter oder sonstige Versammlungsmittel mitführen, auf denen der Name oder Symbole der Partei erkennbar sind. Für Inanspruchnahme der grds. geschützten Versammlungsfreiheit kommt es nicht darauf an, ob Teilnehmer einer Versammlung die Ziele der Versammlung oder die dort vertretenen Meinungen billigen oder ihnen kritisch gegenüberstehen. Erforderlich und ausreichend ist, dass Teilnehmer bereit sind, die Versammlung in ihrem Bestand hinzunehmen und ihre Ziele allein mit kommunikativen Mitteln verfolgen	OVG Lüneburg, 29.11.2019, NdsVBl. 2020, 193
Anordnung eines Versammlungsverbots wirft verfassungsrechtlich keine besonderen Probleme auf, wenn Prognose mit hoher Wahrscheinlichkeit	OVG Münster, 14.09.2018,

ergibt, dass Veranstalter und sein Anhang Gewalttätigkeiten beabsichtigen oder solches Verhalten anderer zumindest billigen werden. Demonstration wird als „unfriedlich“ von der Gewährleistung des Art. 8 GG nicht erfasst.	Die Polizei 2019, 93
Nimmt jemand als Beobachter an Versammlung teil, weil er Ablauf beobachten will, kann er sich nicht auf Art. 8 GG berufen, Schutz bemisst sich nach Art. 2 I, II, Art. 5 I 1 GG. Versammlungsrechtliches Trennungsprinzip bedeutet, dass zeitliche/örtliche Trennung zeitgleich angemeldeter Versammlungen zur Verhinderung eines Versammlungsverbots/-auflösung auf § 15 I, III SächsVersG gestützt werden kann, wenn sonst Gefahr besteht, dass durch Aufeinandertreffen unmittelbare Gefährdung der öffentlichen Sicherheit entstehen würde. Zur Durchsetzung verhängtes Betretensverbot kann sich auf § 15 SächsVersG stützen.	SächsOVG, 25.01.2018, SächsVBI 2018, 219
Versammlungsrechtliche Beschränkungen bei einem „rollenden Theater“	NdsOVG, 01.11.2017 DÖV 2018, 82 (Ls.) NordÖR 2018, 35
Bei einem Fußballspiel in einem umfriedeten und teilweise überdachten Stadion handelt es sich um eine „Veranstaltung unter freiem Himmel“ i.S. von § 27 II VersG. Solange sich Angeklagter im unmittelbaren zeitlichen Zusammenhang mit dem von ihm zuvor besuchten, inzwischen beendeten Bundesligaspiel noch auf dem Stadiongelände selbst befindet, um ein ihm dort zur Verfügung stehendes Mittel zum Abtransport zu nutzen, befindet er sich noch auf der Veranstaltung i.S. von § 27 II VersG.	OLG Hamm, 07.09.2017 NSTz-RR 2017, 390
Ist versammlungsbehördliche Verfügung auf unmittelbare Gefahr für öffentliche Sicherheit gestützt, erfordert angestellte Gefahrenprognose (hohe Bedeutung von Art. 8 I GG) tatsächliche Anhaltspunkte, die bei verständiger Würdigung eine hinreichende Wahrscheinlichkeit des Gefahreneintritts ergeben. Sind Störungen der öfftl. Sicherheit vorwiegend aufgrund des Verhaltens Dritter (insb. Gegendemonstranten) zu befürchten, sind behördliche Maßnahmen primär gegen Störer zu richten. Gegen friedliche Versammlung selbst kann nur unter den besonderen, eng auszulegenden Voraussetzungen des polizeilichen Notstands eingeschritten werden. Polizeilicher Notstand erfordert dass Versammlungsbehörde mit hinreichender Wahrscheinlichkeit wegen der Erfüllung vorrangiger Aufgaben und trotz des Bemühens, ggf. externe Polizeikräfte hinzuzuziehen, zum Schutz der angemeldeten Versammlung nicht in der Lage ist. Keinesfalls darf Nichtstörer einem Störer gleichgestellt und Auswahl des Adressaten der versammlungsrechtlichen Verfügung von bloßen Zweckmäßigkeitserwägungen abhängig gemacht werden. Darlegungs- und Beweislast für Vorliegen eines polizeilichen Notstands liegt bei Behörde. Eine pauschale Behauptung dieses Inhalts reicht nicht.	OVG Münster, 30.12.2016, NVwZ-RR 2017, 455
Soweit dem gesetzlichen Stilleschutz zuwiderlaufende Veranstaltung ihrerseits in Schutzbereich der Glaubens- und Bekenntnisfreiheit (Art. 4 I und II GG) oder Versammlungsfreiheit (Art. 8 I GG) fällt, muss Gesetzgeber Möglichkeit einer Ausnahme von Stille schützenden Unterlassungspflichten vorsehen.	BVerfG, 27.10.2016, NVwZ 2017, 461, JZ 2017, 145 (Ls.) m. Anm.
Demonstranten geht Recht auf Versammlungsfreiheit nicht wegen einzelner Gewalttaten oder Straftaten verloren, die andere begangen haben, wenn er selbst friedlich geblieben ist. Auch dass sich Personen mit gewalttätigen Absichten, die nicht Mitglied der veranstaltenden Vereinigung sind, der Demonstration anschließen können, führt allein nicht zu einem Verlust des Rechts. Beschwerdeführer waren sind nicht wegen Anstiftung zu Gewalttaten oder Beteiligung daran verurteilt worden, sondern wegen Störung der öffentlichen Ordnung durch die Straßenblockaden. Ihr Verhalten war aber nicht von solcher Art und	EGMR, 15.10.2015, NVwZ-RR 2017, 103 (Ls.)

Schwere, dass Teilnahme an der Demonstration nicht mehr in den Schutzbereich des Rechts auf Versammlungsfreiheit nach Art. 11 EMRK.	
Versammlungsrechtliche Beschränkung wegen Teilnahme gewaltbereiter Hooligans: Ist bei als Aufzug angemeldeter Versammlung mit Teilnahme zahlreicher gewaltbereiter bzw. gewaltsuchender Hooligans zu rechnen und lassen sich Provokationen durch Dritte, auf die dieser Teilnehmerkreis voraussichtlich mit Gewalt reagiert würde, auf einer Aufzugsstrecke mit polizeilichen Mitteln nicht effektiv verhindern, kann Beschränkung auf eine Standkundgebung rechtmäßig sein. Von einer Versammlung muss verlangt werden, dass sie auch mit Blick auf Provokationen Dritter friedlich bleibt. Sind – seien es auch provozierte – Gewalttätigkeiten aus einem Aufzug heraus hinreichend wahrscheinlich und besteht Gefahr eines (die Versammlung erfassenden) Gewaltausbruchs, entfällt Gefahrenlage nicht dadurch, dass die Polizei sie möglicherweise mit zusätzlichen Kräften verhindern könnte.	OVG Münster, 07.10.2016, NVwZ-RR 2017, 141 (Ls.)
Bestätigung des polizeilichen Verbots, im Rahmen einer Versammlung ausländische Staatsoberhäupter oder Regierungsmitgliedern auf einer Videoleinwand live zuschalten zu lassen.	BVerfG, 30.07.2016, EuGRZ 2016, 498 (s. OVG Münster, 29.07.2016, EuGRZ 2016, 499)
Prinzipielles Selbstbestimmungsrecht des Veranstalters aus Art 8 I GG auf der Versammlung auftretenden Redner festzulegen, ist kein Instrument dafür, ausländischen Staatsoberhäuptern oder Regierungsmitgliedern ein Forum zu eröffnen, sich auf öffentlichen Versammlungen im Bundesgebiet in ihrer Eigenschaft als Hoheitsträger amtlich zu politischen Fragestellungen zu äußern. Darüber zu entscheiden ist allein Sache der Bundesrepublik.	OVG Münster, 29.07.2016, EuGRZ 2016, 499 (s. BVerfG, 30.07.2016, EuGRZ 2016, 498)
Ein der Öffentlichkeit allgemein geöffnetes und zugängliches Straßen- und Wegenetz auf dem Gelände eines in Privatrechtsform betriebenen Unternehmens der öffentlichen Hand ist auch dann vom Schutzbereich der Versammlungsfreiheit gem. Art 8 I GG erfasst, wenn es nicht einer zum Verweilen und Flanieren einladenden Einkaufsstraße oder Fußgängerzone, sondern eher einem Gewerbegebiet gleichgestellt werden kann. Dabei ist Sichtkontakt zu Veranstaltung, gegen die demonstriert wird, zu gewährleisten.	BGH, 26.06.2015, NJW 2015, 2892 = NVwZ 2015, 1622 = DÖV 2015, 936 (Ls.)
Der Protest auf einem Friedhof als Beitrag zur öffentlichen Meinungsbildung kann von der Versammlungsfreiheit geschützt sein.	BVerfG 20.06.2014, EuGRZ 2014, 565 = NJW 2014, 2706 = BayVBl. 2015, 304 = DÖV 2014, 933 (Ls.)
Auch eine unterbrochene Versammlung verliert nicht den Schutz des Art. 8 GG, solange ausreichende Anhaltspunkte dafür bestehen, dass sie fortgesetzt werden und im genehmigten Umfang stattfinden soll.	OVG Magdeburg, 31.01.2013, LKV 2013, 235
Öffentliches gewaltfreies Blockadetraining ist zulässig und von Art. 8 GG geschützt. Grenze zur Strafbarkeit wird erst überschritten, wenn eine andere Versammlung über eine erhebliche Dauer blockiert wird.	OVG Münster, 18.09.2012, DVBl 2012, 1514, Anm. Schwabe/Knape in DVBl 2013, 116 = NVwZ-RR 2013, 38 = NWVBl. 2013, 111
Art. 8 GG erfasst nur ausnahmsweise das Aufstellen von Zelten und das Campieren in Grünanlagen, nur wenn diese „notwendige Bestandteile“ der Meinungskundgabe sind (Occupy-Demonstration in Frankfurt/M).	VG Frankfurt, 06.08.2012, NVwZ-RR 2012, 806
Spannungsverhältnis zwischen der Schulbesuchspflicht und der Versammlungsfreiheit wird im Wege der Rechtsgüterabwägung gelöst. Im Regelfall gilt Vorrang der Schulpflicht, Ausnahme bei unaufschiebbaren Spontanversammlungen.	VG Hamburg, 04.04.2012, DVBl 2012, 1392 (Ls.)

Art. 8 GG gewährleistet den Grundrechtsträgern das Selbstbestimmungsrecht über Ort, Zeitpunkt, Art und Inhalt der Veranstaltung. Er tritt nur zurück, wenn andere gleichwertige Rechtsgüter im Rahmen einer Güterabwägung dies zwingend notwendig machen.	VG Münster, 01.03.2012, NWVBl. 2012, 327
Gegendemonstrationen genießen Schutz des Art. 8 GG, wenn sie über reine Unterbindungsabsicht hinaus eigene legitime Ziele, insb. eine eigene kollektive Meinungsäußerung bezwecken.	VGH Kassel, 04.07.2011, DVBl 2011, 1184 (Ls.) DÖV 2011, 820 (Ls.)
Öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzüge innerhalb der befriedeten Bezirke des Bundestages nur zugelassungs-fähig, wenn Beeinträchtigung der Tätigkeit des Deutschen Bundestages, seiner Fraktionen sowie ihrer Organe und Gremien und Behinderung des freien Zugangs zu im befriedeten Bezirk gelegenen Gebäuden nicht zu besorgen ist.	VG Berlin, 20.05.2011, NVwZ-RR 2011, 726
Kunstfreiheit nach Art. 5 III 1GG steht nicht im Gegensatz zur Versammlungsfreiheit nach Art. 8 GG, sondern ergänzt diese in Bezug auf die inhaltliche Gestaltung und erfasst auch politisches Straßentheater. Versammlungsausschluss kann nicht mit nach außen wirkenden Ordnungsverstößen von Teilnehmern begründet werden, die inhaltlich mit dem Zweck der Versammlung übereinstimmen. Öffentliches Führen sog. Anscheinswaffen gem. § 42a II 1 Nr. 1 WaffG zulässig, wenn diese ersichtlich zweckentfremdet als Hilfsmittel einer szenischen Darstellung verwendet werden. §§ 12, 18 I VersG verlangen, dass Polizeibeamte, die in Versammlung entsandt werden, sich als solche zu erkennen geben	VGH Kassel, 17.03.2011, DVBl 2011, 707 = NVwZ-RR 2011, 519
Soll Sitzblockade Aufmerksamkeit erregen und Beitrag zur öffentlichen Meinungsbildung leisten, ist sachlicher Schutzbereich der Versammlungsfreiheit eröffnet. Versammlung verliert den Schutz des Art. 8 GG bei kollektiver Unfriedlichkeit, nicht jedoch schon bei Behinderungen Dritter, auch wenn diese gewollt sind.	BVerfG, 07.03.2011, StraFo 2011, 180 = EuGRZ 2011, 405 Anm. Jahn, Jus 2011, 563 Anm. Offenloch, JZ 2011, 688
Versammlungsfreiheit verleiht Teilnehmer nicht mehr Rechte, als der Einzelne im Rahmen allg. Gesetze hat und führt nicht zu Privileg, sich unabhängig und einschränkungslos ggü. Rechten Dritter in beliebiger Form zu versammeln (hier Eigentumsverletzung durch Blockade auf Bahngleisen). Auch auf dem öffentlichen Verkehr gewidmeten Flächen, bei denen sich der Staat privatrechtlicher Handlungsformen bedient, enthält das Recht aus Art. 8 GG keine Freistellung von Regelungen des Zivilrechts für Schadensfälle.	OLG Schleswig, 25.02.2011, NVwZ-RR 2011, 523
Versammlungsfreiheit gilt auch für gemischtwirtschaftliche Unternehmen in Privatrechtsform, die von öffentlicher Hand beherrscht werden (hier Frankfurter Flughafen), ebenso für im Alleineigentum des Staates stehende Unternehmen in Privatrechtsform. Besondere Störanfälligkeit eines Flughafens rechtfertigt weitere Einschränkungen der Versammlungsfreiheit als im öffentlichen Straßenraum nach Maßgabe der Verhältnismäßigkeit.	BVerfG, 22.02.2011, DVBl 2011, 416 = EuGRZ 2011, 152 = JuS 2011, 665
Art. 8 I GG schützt Versammlungen und Aufzüge als Ausdruck gemeinschaftlicher, auf Kommunikation angelegter Entfaltung. Schutz umfasst auch nichtverbale Ausdrucksformen und solche Zusammenkünfte, bei denen Versammlungsfreiheit zum Zwecke plakativer oder aufsehenerregender Meinungskundgabe in Anspruch genommen wird. VersG geht als Spezialgesetz dem allg. Polizeirecht vor, mit der Folge, dass auf allg. Polizeirecht gestützte Maßnahmen ausscheiden, solange sich der Betroffene in einer Versammlung befindet und sich auf Art. 8 I GG berufen kann.	BVerfG, 10.12.2010, LKV 2011, 77 = NVwZ 2011, 422 = BayVBl 2011, 368 = NJ 2011, 512
Zur Befugnis eines Oberbürgermeisters in amtlicher Eigenschaft dazu aufzurufen, gegen eine angemeldete Demonstration zu protestieren	VG Gera, 06.07.2010, ThürVBl. 2010, 234

Verfassungsmäßigkeit des § 130 IV StGB als meinungsbezogenem Sondergesetz (vgl. § 15 II VersG). Die Norm fällt nicht unter die allgemeinen Gesetze iSd Art. 5 II GG.	BVerfG, 04.11.2009, NJW 2010, 47 = DVBl 2010, 41; Anm. Holzner, ebd. S. 48
Versammlungsbegriff umfasst auch Veranstaltung, die Außenstehenden Rahmen bietet zur Meinungsäußerung (Irak-Krieg) mittels Karten, die an Lattenkonstruktion befestigt werden (kein Info-Stand)	BVerfG 22.08.2007 NVwZ 2007, 1434 = DÖV 2008, 32
„Gemischte“ Veranstaltung, die sowohl auf Teilhabe an der Meinungsbildung als auch anderen Zwecken dient ist Versammlung, wenn letztere aus Sicht eines Durchschnittsbetrachters nicht erkennbar im Vordergrund stehen (<i>Fuck-parade</i>); Feststellungsantrag nach § 43 I VwGO	BVerfG 16.05.2007 NVwZ 2007, 1431 = DÖV 2007, 883
Schutz der Versammlung aus Art. 8 GG unabhängig von Anmeldung und ob Wahlveranstaltung einer politischen Partei akustisch gestört wird oder einzelne Teilnehmer Ausschreitungen begehen. Sträuben gegen Gewahrsamnahme und Verhinderung der polizeilichen Wegnahme von Gegenständen ist nicht unfriedlich. Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte (§ 113 StGB) bei gefahrenrechtlicher Entfernung aus Versammlung idR nicht bestrafbar, wenn weder Auflösung noch Ausschluss vorliegt.	BVerfG 30.04.2007 NVwZ 2007, 1180
2 Personen können Versammlung bilden. Stille Mahnwache, auch mit Plakat mit „rechtem“ Inhalt, kann am Volkstrauertag in Nähe einer offiziellen Gedenkfeier nicht allein unter Verweis auf Charakter und Würde der Veranstaltung, verboten werden.	VGH Mannheim, 25.04.2007 VBIBW 2008, 60
Abgrenzung von Art. 5 und 8 GG. Negative Sanktionierung eines den Versammlungsverlauf prägenden Verhaltens eines Versammlungsteilnehmers (beleidigende Rede) ist Eingriff in Art. 8. Zum Begriff der „Auflage“ iSv §§ 15 I, 29 I Nr. 3 VersG.	BVerfG 21.03.2007 NVwZ 2007, 1184
Staat darf nicht dulden, dass friedliche Demonstration einer bestimmten politischen Richtung durch gewalttätige Gegendemonstration verhindert wird. Beschränkung der Ausgangsversammlung kommt nur im Fall des polizeilichen Notstandes in Betracht.	BVerfG 10.05.2006 NVwZ 2006, 1049
Erfolgreiche Klage gegen Kostenerhebung für polizeiliche Maßnahmen bei Anketten auf Bahngleis aus Protest gegen Castor-Transporte. Anketten war öffentliche Meinungskundgabe, die keine Unfriedlichkeit i.S.V. Art. 8 GG darstellt, wenn Einlassen von Betonquarder nur Erschwerung der Bergung dient. Vollstreckungsmaßnahmen gegen Teilnehmer erst nach Versammlungsauflösung zulässig. Ausschluss einzelner Teilnehmer nur nach klarer und unmissverständlicher Verfügung. Keine Störung i.S.v. § 18 III VersG wenn Verhalten gerade Kern der Versammlung darstellt und in Übereinstimmung mit deren Zweck liegt.	OVG Schleswig, 14.02.2006, NordÖR 2006, 166
Rechtmäßige Erteilung eines Hausverbots gegen „Abschiebeprotestler“ durch Flughafenbetreiber (Frankfurt) trotz Grundrechtsgebundenheit bei Besorgnis der Beeinträchtigung des Flugverkehrs kein Verstoß gegen Art. 5 I, 8 I GG	BGH, 20.01.2006, NJW 2006, 1054
Teilnehmer einer Gegendemonstration gegen rechte Demonstration begehen keinen Verstoß gegen Vermummungsverbot, wenn sie damit (nur) die Anfertigung von Lichtbildern durch gewaltbereite Mitglieder der rechten Szene verhindern wollen	AG Rotenburg (Wümme), 12.07.2005, NSTz 2006, 358
Zeltlager zur (bloßen) Unterbringung von Demonstrationsteilnehmern nicht von Art. 8 GG geschützt.	OVG Mannheim, 14.04.2005 VBIBW 2005, 431
Abhalten einer öffentlichen Versammlung unter freiem Himmel keine zulässige Öffentlichkeitsarbeit einer Landtagsfraktion (Castor)	OVG Lüneburg, 21.09.2004 NordÖR 2005, 115
Blockade von Bahngleisen (Castor) ist nicht von Art. 8 I GG gedeckt	OVG Lüneburg, 06.02.2004,

	NVwZ-RR 2004, 575
Tragen polizeilicher Dienstkleidung im Rahmen einer Versammlung (hier: Demonstration gegen Gehaltskürzungen und Arbeitszeitverlängerung) kann vom Dienstherrn (hier: Hessen) untersagt werden	VG Wiesbaden, 07.11.2003, NVwZ 2004, 635
Abgrenzung von Versammlungs- und Straßenrecht (hier Zelt bei mehrmonatigem Hungerstreik)	VG Berlin, 23.12.2003, NVwZ 2004, 761
Zulässigkeit der Observation eines Privatgrundstückes wegen Skinheadkonzerten; Einschüchterungswirkung polizeilicher Präsenz	VG Halle, 25.07.2003, NJW 2004, 2846 =LKV 2004, 527
Hochhalten eines Transparentes, das Gesicht teilweise verdeckt, kein Verstoß gegen Vermummungsverbot. Gesichtsveränderung/ Vermummung im Einklang mit Demonstrationszweck nicht verboten.	KG Berlin, 11.06.2002, NJW 2002, 3789
Uniformverbot (§ 3 I VersG) soll verhindern, dass durch bestimmte Bekleidung Gewaltbereitschaft signalisiert wird. Nicht erfasst sind daher Kleidungsstücke, die zwar gemeinsame Gesinnung, aber keine Gewaltbereitschaft signalisieren.	OVG Bautzen, 09.11.2001, NVwZ-RR 2002, 435 = DÖV 2002, 529
Versammlungsbegriff. Strafbarkeit physischer Blockade (§ 240 StGB). Ausübung der Versammlungsfreiheit bedingt häufig unvermeidbar „gewisse nötige Wirkungen in Gestalt von Behinderungen Dritter“. Gerechtfertigt, soweit sie sozial-adäquate Nebenfolge rechtmäßiger Demonstrationen sind.	BVerfG, 24.10.2001 (S), DVBl 2002, 256.
Keine Versammlungsfreiheit für Stadtlauf – Inline-Skater	OVG Münster, 26.07.2001, NVwZ 2001, 1316
Love-Parade keine Versammlung - Volksfeste und Vergnügungsveranstaltungen sind von Art. 8 GG ebenso wenig geschützt wie Veranstaltungen, die der bloßen Zurschaustellung eines Lebensgefühls dienen oder die als eine auf Spaß und Unterhaltung ausgerichtete öffentliche Massenparty. Musik- und Tanzveranstaltung wird nicht allein dadurch insgesamt zu einer Versammlung im Sinne des Art. 8 GG, weil bei ihrer Gelegenheit auch Meinungskundgaben erfolgen. Bei "Fuckparade" kann das Verteilen der Flugblätter den Versammlungsbegriff erfüllen.	BVerfG 12.07.2001 - NJW 2001, 2459 = NVwZ 2001,1024. = DVBl 2001, 1351 Anm Tschentscher, NVwZ 2001, 1243
Art. 8 GG beinhaltet verfassungsimmanente Beschränkungen, die neonazistisches Gedankengut auch unterhalb der Schwelle strafrechtlicher und verfassungsgerichtlicher Verbot- und Verwirkungsentscheidungen aus dem Schutzbereich ausnehmen (detailliert zum Meinungsstreit mit dem BVerfG ob neonazistisches Gedankengut Gefahr für die öffentliche Ordnung darstellen kann).	OVG Münster, 29.06.2001, NJW 2001, 2986 = DVBl 2001, 1624 Kritisch: Arndt, BayVBl 2002, 653 und Rühl, NVwz 2003, 531
Eine „Nacht-Tanz-Demo“, mit der auch bestimmte kulturpolitische Ziele verfolgt werden, genießt den verfassungsrechtlichen Schutz der Versammlungsfreiheit i. S. des Art. 8 I GG. - Zur Anwendung der TA Lärm im Versammlungsrecht.	VG Frankfurt, 28.02.2001, NJW 2001, 1741
Keine Versammlung bei kommerziellem Zweck - "Weihnachtsparade"	OVG Berlin, 30.11.2000, NJW 2001, 1740; Anm. Sachs, JuS 2001, 1020
Auch in einer Versammlung ist eine wertende Einengung des Kunstbegriffs mit der umfassenden Freiheitsgarantie des Art. 5 III Satz 1 GG nicht zu vereinbaren. Dabei kommt es bei der verfassungsrechtlichen Einordnung und Beurteilung auf die „Höhe“ der Dichtkunst nicht an. Durch die Kunstfreiheit geschützt ist auch die Verbreitung des Liedes, also der Wirkungsbereich des Kunstwerks. Lied "Deutschland muss sterben" ist Kunst und das Abspielen in einer Versammlung erfüllt nicht den Tatbestand des § 90 a StGB	BVerfG, 03.11.2000 NJW 2001, 596; Anm. Hufen, JuS 2001, 700
Rechtsradikale können sich wie jedermann auf Art. 5 I, 8 I GG berufen. Wie das Uniform- und Waffentragen sind auch andere Formen martialischen	OVG Berlin, 11.03.2000, NVwZ 2000, 1202

Auftretens wegen des dadurch erzeugten Klimas von Gewaltbereitschaft nicht durch das Versammlungsrecht gedeckt.	
Die wenigen auf nichtöffentliche Versammlungen anwendbaren Vorschriften des VersG haben keinen abschließenden Charakter (an BVerwG vom 06.09.88 = BVerwGE 80, 158/159 wird nicht festgehalten).	BVerwG, 23.03.1999, NVwZ 1999, 991
Chinesischer Staatsgast - Meinungsfreiheit und Versammlungsfreiheit zählen als Ausdruck kollektiver Meinungsfreiheit zu den unentbehrlichen und grundlegenden Funktionselementen eines demokratischen Gemeinwesens. Alle Begrenzungen dieser Grundrechte dürfen nur zum Schutz gleichwertiger Rechtsgüter unter strikter Wahrung der Verhältnismäßigkeit geschehen. Unzulässig, beim Eintreffen eines Staatsgastes einen Bus des Musikkorps zwischen einer Mahnwache und der Delegation zu platzieren.	VG München, 21.01.1999, NVwZ 2000, 461
Verfassungsrechtliche Grenzen eines Polizeieinsatzes - eine den Wasserwerfereinsatz regelnde Polizeidienstvorschrift kann nicht unmittelbar mit der Verfassungsbeschwerde angegriffen werden. Verfassungsrechtlich besteht gegen die Rechtsauffassung, dass es bei der Beurteilung der Rechtmäßigkeit einer Vollstreckungsmaßnahme (hier: Anwendung unmittelbaren Zwangs in Form des Wasserwerfereinsatzes) nicht auf die Rechtmäßigkeit, sondern nur auf die Wirksamkeit der Grundverfügung (hier: Versammlungsauflösung) ankommt, keine Bedenken.	BVerfG, 7.12.1998 NVwZ 1999, 290
Unbefugtes Betreten einer Bahnanlage - Die eisenbahnrechtlichen Vorschriften der EBO schränken das Grundrecht der Versammlungsfreiheit in verfassungsrechtlich unbedenklicher Weise ein. Ihre Anwendung hängt nicht von der Rechtmäßigkeit eines Versammlungsverbotes ab.	BVerfG Beschl., 12.03.1998, NStZ 98, 359 = NJW 98, 3113
Durchführung einer Demonstration in Form einer religiösen Andacht (Gottesdienst ist eine Veranstaltung, bei der sich Mitglieder einer Religionsgemeinschaft versammeln, um sich durch gemeinsame Andacht Verehrung und Anbetung Gottes nach den Vorschriften und Gebräuchen ihrer Vereinigung religiös zu erbauen).	OLG Celle, 11.12.1996, NJW 1997, 1167
Verstoß gegen Vermummungsverbot - die Vermummung muss nicht auch zur Friedensstörung geeignet sein, um schon unzulässig zu sein	KG Berlin, 20.09.1996, NStZ-RR 1997, 185
Zum Charakter einer in eine Versammlung eingebundene Kunstdarbietung	VGH Mannheim, 27.05.1995, DVBl 1995, 361
Unerlaubte Waffenführung bei Versammlung (zum Charakter „öffentlich“ - Partei- oder Gewerkschaftsversammlung ist nicht öffentlich)	BayOLG, 25.11.1994, DÖV 1995, 337 = NVwZ-RR 1995, 202 = NStZ 1995, 242
Straßentheater als Versammlung	VGH Mannheim, 27.05.1994, DÖV 1995, 163 = DVBl 1995, 361
Straßenfest mit politischen Ansprachen und Info-Ständen politischer Organisationen stellt keine Versammlung dar	BayVGH, 13.05.1994, NVwZ-RR 94, 581
Das Aufstellen von Imbiss-Ständen im öffentlichen Straßenraum anlässlich einer Demonstration zum Verkauf von Speisen und Getränken bedarf grundsätzlich einer straßenrechtlichen Sondernutzungserlaubnis	VGH Mannheim, 16.12.1993, DÖV 94, 568 = JA 1995, 101
Großkundgebung auf der Bonner Hofgartenwiese - Art. 8 GG gewährt keinen generellen Anspruch auf Überlassung -	BVerwG, 29.10.1992, DVBl 1993, 210 = NJW 1993, 609
Anmeldung von Eilversammlungen - § 26 Nr. 2 VersG genügt dem Bestimmtheitsgebot. Zur Abgrenzung von Spontan- und Eilversammlungen. Eilversammlungen sind bei verfassungskonformer Anwendung des § 14 VersG anzumelden, sobald Möglichkeit hierzu besteht.	BVerfG, 23.10.1991 NJW 1992, 890 =DVBl 1992, 149 =NStZ 1992, 188

Räumung eines Zeltlagers demonstrierender Roma -Begriff der Versammlung gem. § 1 VersG-	OVG Münster, 23.9.1991, NVwZ-RR 1992, 360
Art. 8 GG gewährleistet den gesamten Vorgang des Sich-Versammelns. Dazu zählt namentlich auch der Zugang zu einer bevorstehenden oder sich bildenden Versammlung. Geschützt sind auch Teilnehmer, die den Zeilen der Versammlung kritisch oder ablehnend gegenüberstehen. Dieser Schutz endet dort, wo es nicht um die kritische Teilnahme, sondern Verhinderung der Versammlung geht.	BVerfG, 11.06.1991, BVerfGE 84, 203 = NJW 1991, 2694 =JuS 1992, 74 =DVBI 1991, 871
Auch „stationäre“ Veranstaltungen, für die Straßen mehr als verkehrsüblich in Anspruch genommen werden, bedürfen einer straßenverkehrsrechtlichen Erlaubnispflicht nach § 29 II StVO („Europa von unten“). Das gilt aber nicht, wenn von einer Versammlung (weiter Versammlungsbegriff) auszugehen ist.	BVerfG, 21.04.1989, BVerfGE 82, 34 = NJW 1989, 2411 = DÖV 1989, 1038 = NVwZ 1989, 872 =DVBI 1989, 995
Verantwortlichkeit des Veranstalters einer Großdemonstration wegen Straßenverunreinigung wird auch durch VersG nicht verdrängt. Das VersG regelt nur die Durchführung der Versammlung, nicht deren Folgen.	BVerfG, 06.09.1988, BVerfGE 80, 158 = NJW 1989, 52 und NJW 1989, 53 = DVBI 1989, 59
Versammlungsfreiheit und Gemeingebrauch an öffentlichen Straßen - Abbrennen eines Mahnfeuers	VGH Kassel, 29.12.1987, NJW 1988, 2125
Mahnwache beim Honecker-Besuch	BVerfG, 10.09.1987, VVBIBW 1988, 56
Anachronistischer Zug 1979-Auflagen der Verwaltungsbehörden	BVerfG, 15.07.1987, NJW 1988, 328
Umfang des versammlungsrechtlichen Uniformverbotes	BayObLG, 20.01.1987, NJW 1987, 1778
Kundgebung vor der Privatwohnung des Bundeskanzlers	OVG Koblenz, 24.05.1986, NJW 1986, 2659
Brokdorf-Entscheidung: Rolle der Versammlungsfreiheit in der repräsentativen Demokratie; Beschränkungen der Versammlungsfreiheit nur zum Schutz gleichgewichtiger Rechtsgüter unter Berücksichtigung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes zulässig; Zulässigkeit von Vorfeldkontrollen; Anmeldepflicht (§ 14 VersG) und Spontanversammlungen; Verhältnis von Art. 8 GG und VersG; unmittelbare Gefährdung und Gefahrenprognose; Kooperationsgebot; Zulässigkeit von Verboten und Auflösung (§ 15 VersG) Besonderheiten von Großdemonstrationen; Grundrechtsschutz durch Verfahren; Selbstbestimmungsrecht des Veranstalters; versammlungsfreundliches Verhalten der Behörde; Ausschreitungen/Unfriedlichkeit Einzelner oder einer Minderheit und Maßnahmen nach § 15 VersG, Gewährleistungsschranken (friedlich und ohne Waffen); Unfriedlichkeit; Vorrang der Auflösung vor Verbot	BVerfG, 14.05.1985 - BVerfGE 69, 315 = NJW 1985, 2395 = DÖV 1985, 778 = DVBI 1985, 100
Verfassungsrechtliche Anforderungen (Art. 5, 8 GG) an Uniformverbot. Verbotenes Uniformtragen in der Öffentlichkeit.	BVerfG, Vorprüfungsausschuss, 27.04.1982, NJW 1982, 1803
Auflösung nach § 15 II VersG nur als ultima ratio zulässig. Unter den Voraussetzungen des § 15 I VersG kann sich Behörde/Polizei aller nach geltendem Recht zur Abwehr unmittelbarer Gefahren zustehenden Befugnisse bedienen. Beleidigung eines ausländischen Staatsoberhauptes („Chile - Mörderbande“)	BVerfG, 08.09.1981, BVerfGE 64, 55 = NJW 1982, 1008
Ausübung von Kunst und Versammlungsfreiheit	VG Köln, 10.12.1981, NJW 1983, 1212
Versammlungsfreiheit und politisches Straßentheater - anachronistischer Zug	BayVGH, 12.09.1980, NJW 1981, 2428

Verbot / Auflagen / Auflösung / Beschränkende Maßnahmen

<p>Grundrecht der Versammlungsfreiheit hat in Folgenabwägung bei Eilentscheidung gegenüber Gesundheitsschutz zurückzutreten, weil die von den Instanzgerichten bestätigte Risikoeinschätzung, die das Verbot rechtfertigt, nicht zu beanstanden ist.</p>	<p>BVerfG, 05.12.2020, NVwZ 2021, 55 = NJW 2021, 1008 (Ls.)</p>
<p>Bei der Beurteilung der Eignung bzw. Erfolgswahrscheinlichkeit denkbarer milderer Mittel dürfen im Zusammenhang mit früheren Versammlungen gewonnene Erfahrungen als Indizien herangezogen werden, soweit eine hinreichende Ähnlichkeit zur geplanten Versammlung besteht.</p>	<p>OVG Bremen, 04.12.2020, NordÖR 2021, 67</p>
<p>Mit dem neuen IfSG vom 18.11.2020 hat Gesetzgeber in § 28 I Nr. 10 erstmalig eine Rechtsgrundlage geschaffen, auf der bei Vorliegen einer epidemischen Lage von nationalem Ausmaß von der zuständigen Versammlungsbehörde ein Versammlungsverbot ausgesprochen werden kann, ohne auf Regelungen des VersG zurückgreifen zu müssen. Spezifischen grundrechtlichen Anforderungen des Art. 8 GG ist dann durch strenge Prüfung der Verhältnismäßigkeit der Maßnahme Rechnung zu tragen, die es erlaubt, die auch sonst für Eingriffe in die Versammlungsfreiheit geltenden Wertungen auch im Infektionsschutzrecht zu verwirklichen. Durchführung von Versammlungen ohne Einhaltung der gebotenen Hygienemaßnahmen muss von staatlicher Seite nicht in Kauf genommen werden. Ist Großteil der Versammlungsteilnehmer der Versammlung nicht bereit, die hygienischen Mindestanforderungen zu erfüllen, so macht Anzahl der Teilnehmer keinen Unterschied, weil jedenfalls ganz erhebliches Infektionsrisiko besteht.</p>	<p>VG Neustadt a.d. Weinstraße, 20.11.2020, NJ 2021, 35</p>
<p>Soweit es um Inhalt einer Meinungsäußerung geht, kommt § 118 I OWiG nicht als Schranke der Meinungsfreiheit in Betracht. Bei gegen einen behördlichen Erlass in Bezug auf Reichskriegsflaggen aus der Zeit bis 1935 gerichteten Demonstration begründet allein Zeigen solcher Flaggen noch keine die öffentliche Ordnung gefährdende Einschüchterungswirkung.</p>	<p>OVG Bremen, 16.10.2020, NVwZ 2021, 92 (Anm. Ullrich) = NordÖR 2021, 244</p>
<p>Bei Folgenabwägung in einem Verfahren des Eilrechtsschutzes wegen des ortsbezogenen Verbotes eines in der Schutzzone II eines Wasserschutzgebietes geplanten mehrmonatigen Zeltlagers („Protestcamps“) gegen Weiterbau einer Autobahn kann im Hinblick auf Art. 2 II 1, 20 a GG das öffentliche Interesse an Wasserreinhaltung und Wasserversorgung der Bevölkerung das von Art. 8 I GG umfasste Selbstbestimmungsrecht über Versammlungsort & -zeit überwiegen.</p>	<p>BVerfG, 21.09.2020, NVwZ 2020, 1505</p>
<p>Einschätzung der Versammlungsbehörde, dass bei Durchführung der Versammlung unmittelbare Gefährdung der öffentlichen Sicherheit deshalb zu befürchten sei, weil Veranstaltungsteilnehmer aus Gründen des Infektionsschutzes gebotene Mindestabstände nicht einhalten würden und im Vergleich zu Verbot mildere Maßnahmen nicht zu Verfügung stünden, ist nicht offensichtlich unzutreffend. Umstand, dass landesrechtliche Infektionsschutzverordnung das Tragen von Mund-Nasen-Bedeckungen bei Versammlungen nicht allgemein vorgibt und auch keine strikte Obergrenze der zulässigen Teilnehmerzahl festlegt, schränkt die der Versammlungsbehörde durch § 15 I VersG eröffnete Befugnis, beschränkende Auflagen zu verfügen, nicht ein. Hinsichtlich der Gefahrenprognose darf Versammlungsbehörde unter anderem auf Vorerfahrungen mit einer von dem Antragsteller an gleicher Stelle und unter einem im Wesentlichen vergleichbaren Motto veranstalteten Versammlung abstellen, bei der es zu Vielzahl von Verstößen gegen geltende Abstandsregeln sowie gegen angeordnete Pflicht zum Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung kam, was zur Auflösung dieser Versammlung führte.</p>	<p>BVerfG, 30.08.2020, NVwZ 2020, 1508 (mit Anm. Berwanger)</p>

<p>Eigenschaft als Kontrollstelle iSd Art. 13 I Nr. 4 PAG setzt lediglich rechtmäßige Anordnung und die Anwesenheit von Polizeibeamten voraus. Besonderer sachlicher Ausstattung bedarf es nicht. Befugnistatbestand des Art. 13 I Nr. 4 BayPAF setzt eine im Einzelfall bestehende konkrete Gefahr voraus, dass Straftaten, wie sie mit der Kontrollstelle verhindert werden sollen, tatsächlich bevorstehen. Adressat einer Maßnahme nach Art. 13 I Nr. 4 PAG kann jedermann, auch ein Nichtstörer sein. Schon hinreichende Wahrscheinlichkeit, an diesem Ort einen Störer oder Straftäter aufzugreifen, rechtfertigt die Identitätsfeststellung</p>	<p>BayVGH, 02.07.2020, BayVBl 2021, 384</p>
<p>Die weitgehenden Beschränkungen der Versammlungsfreiheit des Art. 23 I LV, die § 5 I, III SARS-CoV-2-EindV i.d.F. vom 27.05.2020 mittels präventiven Verbots mit Erlaubnisvorbehalt für Versammlungen unter freiem Himmel mit bis zu 150 Teilnehmenden und Versammlungen in geschlossenen Räumen mit bis zu 75 Teilnehmenden sowie mittels absoluten Verbots größerer Versammlungen aufstellt, sind nach Folgenabwägung mit Gefahr für das durch die SARS-CoV-2-EindV geschützte Rechtsgut des Lebens- und Gesundheitsschutzes, insb. durch die Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit des Gesundheitssystems, vorläufig nicht in normierter Form anzuwenden.</p>	<p>VerfG Bbg, 03.06.2020, DÖV 2020, 837 (Ls)</p>
<p>Gegenüber Ziel, in Ansehung der aktuellen Coronavirus-Pandemie die Einhaltung von Mindestabständen zwischen Versammlungsteilnehmern kontrollierbar sicherzustellen, muss Interesse an Durchführung der geplanten Versammlung mit mehr als 5.000 Teilnehmern zurücktreten.</p>	<p>BVerfG, 31.05.2020, NVwZ-RR 2020, 761</p>
<p>Zum Kern der Versammlungsfreiheit aus Art. 8 I GG gehört Selbstbestimmungsrecht des Veranstalters einer Versammlung. Er darf selbst Ort und Zeit, Umstände und Inhalte sowie Teilnehmerzahl der Versammlung festlegen. Versammlungsbehördliche Begrenzungen der Zahl der Teilnehmer sind nicht von vornherein ausgeschlossen. Höchst ausnahmsweise können besonders schwerwiegende Gefahren für die Schutzgüter der öffentlichen Sicherheit, insb. gravierende Gefahren für Leib und Leben nach Art. 2 II GG, für die der Staat eine Schutzpflicht innehat, versammlungsbehördliche Begrenzungen der Teilnehmerzahl rechtfertigen. Einschätzungen des RKI zum Verlauf der Sars-CoV-2-Pandemie sind nachvollziehbar und beruhen auf Analyse der derzeit vorliegenden, das dynamische Geschehen der Pandemie berücksichtigenden Erkenntnisse. Bei derzeitigem Stand der Pandemie besteht aller Voraussicht nach weiterhin eine konkrete Sachlage, die bei ungehindertem Geschehensablauf mit hoher Wahrscheinlichkeit zu Schaden für die der Versammlungsfreiheit entgegenstehenden Rechtsgüter Leib und Leben einer potenziell großen Zahl an Menschen und für Gesundheitssystem in Deutschland führt, wenn Abstandsregelungen nach der CoronaVO bei Versammlungen nicht eingehalten werden. Es ist davon auszugehen, dass bei Durchführung einer Versammlung mit über 10.000 Teilnehmern – zumal auf schlauchartiger Straße – nicht gewährleistet werden kann, dass die nach CoronaVO erforderlichen Abstände eingehalten werden.</p>	<p>VGH Mannheim, 30.05.2020, DÖV 2020, 839 (Ls.) = VBIBW 2021, 42 (Ls.)</p>
<p>Versammlung kann nicht mit Begründung verboten werden, wegen potentiell konfliktträchtigen Gegendemonstration ergäben sich bei Durchführung der Versammlung Infektionsgefahren für Teilnehmer, Gegendemonstranten und Polizeibeamte, wenn diese Gefahren durch Auflagen auf ein solches Maß reduziert werden können, dass sie zur Gewährleistung einer praktischen Konkordanz von Art. 2 II 1 GG und der Funktionsfähigkeit des Gesundheitswesens auf der einen Seite und Art. 8 GG sowie gegebenenfalls Art 21 I GG auf der andern Seite hinzunehmen sind. Andernfalls hätten es zu Rechtsverstößen bereite Personen auf lange Zeit - unter Umständen bis zum Bereitstehen eines Impfstoffes gegen Coronavirus - in der Hand, durch Ankündigung von rechtswidrigem</p>	<p>VGH Mannheim, 23.05.2020, DÖV 2020, 839 (Ls.) = VBIBW 2021, 42 (Ls.)</p>

Verhalten per se rechtmäßige Versammlungen vollständig unmöglich zu machen. Solches Ergebnis wäre rechtsstaatlich kaum tragbar.	
Beschränkung der Teilnehmerzahl einer öffentlichen Versammlung unter freiem Himmel kann als infektionsschutzrechtliche Auflage unter Bedingungen der Coronavirus-Pandemie insbesondere zur Gewährleistung der erforderlichen Mindestabstände zwischen Versammlungsteilnehmern, Ordnern und Passanten im Rahmen der räumlichen Verhältnisse am Versammlungsort geboten sein. Solche Beschränkung der Teilnehmerzahl kann im Einzelfall insbesondere angemessen sein, wenn Versammlung im Hinblick auf Größe und Ort erheblicher Beachtungserfolg erhalten bleibt. Umstand, dass es unter Bedingungen einer Großstadt, insbesondere etwa in Verkaufsstellen des Einzelhandels und öffentlichen Verkehrsmitteln, immer wieder zu kurzen Unterschreitungen des infektionsschutzrechtlich gebotenen Mindestabstandes zwischen Personen kommen kann, rechtfertigt nicht, solche Unterschreitungen bei Planung einer Versammlung von nicht unerheblicher Dauer, während derer die Teilnehmer zeitlich überwiegend an feste Standorte gebunden sind und kaum Ausweichmöglichkeiten haben, von vornherein zugrunde zu legen.	OVG Hamburg, 22.05.2020, DÖV 2020, 839 (Ls.)
Zum Kern der Versammlungsfreiheit aus Art. 8 I GG gehört Selbstbestimmungsrecht des Veranstalters einer Versammlung. Er darf selbst Ort und Zeit, Umstände und Inhalte sowie Teilnehmerzahl der Versammlung festlegen. Versammlungsbehördliche Begrenzungen der Zahl der Teilnehmer sind nicht von vornherein ausgeschlossen. Höchst ausnahmsweise können besonders schwerwiegende Gefahren für Schutzgüter der öffentlichen Sicherheit, insbesondere gravierende Gefahren für Schutzgüter von Leib und Leben nach Art. 2 II GG, für die Staat eine Schutzpflicht innehat, versammlungsbehördliche Begrenzungen der Teilnehmerzahl rechtfertigen.	VGH Mannheim, 16.05.2020, DÖV 2020, 790 (Ls.)
Sind Störungen der öffentlichen Sicherheit vorwiegend aufgrund Verhaltens Dritter zu befürchten, während sich Veranstalter und Versammlungsteilnehmer überwiegend friedlich verhalten, so sind behördliche Maßnahmen primär gegen die Störer zu richten, um Durchführung der Versammlung zu gewährleisten. Gegen friedliche Versammlung selbst kann dann nur unter besonderen, eng auszulegenden Voraussetzungen des polizeilichen Notstands eingeschritten werden und wenn Versammlungsbehörde mit hinreichender Wahrscheinlichkeit anderenfalls wegen Erfüllung vorrangiger staatlicher Aufgaben und trotz Bemühens, ggf. externe Polizeikräfte hinzuzuziehen, zum Schutz der angemeldeten Versammlung nicht in der Lage wäre. Für Versammlungsverbot bedürfte es an hinreichendem Tatsachenmaterial dafür, dass Polizei nicht in der Lage sein könnte, Konfliktparteien auf Distanz zu halten und außerdem für infektionsspezifische Sicherheit unbeteiligter Dritter zu sorgen.	OVG Greifswald, 08.05.2020, NordÖR 2021, 103 (Ls.)
Es bleibt offen, ob von Art. 8 GG gedeckt, Ausübung der Versammlungsfreiheit durch Rechtsverordnung einem grundsätzlichen Verbot mit Erlaubnisvorbehalt zu unterwerfen und Erteilung einer Erlaubnis in Ermessen der Verwaltung zu stellen. Jedenfalls muss, wenn Regelung aus Gründen des Schutzes von Leib und Leben getroffen wird, i.R.d. Ermessensausübung und möglichst auf Grundlage kooperativer, einvernehmlicher Lösung mit Versammlungsveranstalter dem Art. 8 GG durch eine hinreichende Berücksichtigung der konkreten Umstände des jeweiligen Einzelfalls im Wege praktischer Konkordanz Rechnung getragen werden.	BVerfG, 17.04.2020, NJW 2020, 1505 (Ls.) = NVwZ 2020, 711 = DVBl 2020, 764 = SächsVBl. 2020, 234
Versammlungsbehörde hat unzutreffend angenommen, die Verordnung der Hessischen Landesregierung zur Bekämpfung des Corona-Virus enthalte generelles Verbot von Versammlungen von mehr als zwei Personen, die nicht dem gleichen Hausstand angehören. Damit hat sie grundrechtlich	BVerfG, 15.04.2020, LKV 2020, 167 = NVwZ 2020, 709

geschützte Versammlungsfreiheit verletzt, weil sie nicht beachtet hat, dass zu deren Schutz ein Entscheidungsspielraum bestand.	
Wenn verfügtes Versammlungsverbot im Kern nicht mit Abwehr einer versammlungsspezifischen Gefahr, sondern einer seuchenpolizeilichen Maßnahme der Gefahrenabwehr zum Schutz von Leib und Leben der Versammlungsteilnehmer und darüber hinaus möglicher Kontaktpersonen dieses Personenkreises begründet wird, um dadurch weiterer rasanter Ausbreitung der hoch ansteckenden Corona-Viruskrankung in der Bevölkerung entgegenzuwirken, können diese nachvollziehbaren rechtlichen Erwägungen im Verfahren des vorläufigen Rechtsschutzes bei der hier einzig möglichen überschlägigen Bewertung nicht erschüttert werden.	VGH Kassel, 01.04.2020, COVuR 2020, 208
Gegen friedliche Versammlungen darf nur unter besonderen Voraussetzungen des polizeilichen Notstands eingeschritten werden. Solches Einschreiten kommt in Betracht, wenn mit hinreichender Wahrscheinlichkeit feststeht, dass Versammlungsbehörde wegen Erfüllung vorrangiger staatlicher Aufgaben und gegebenenfalls trotz Heranziehung externer Polizeikräfte zum Schutz der angemeldeten Versammlung nicht in der Lage wäre.	BVerwG, 05.03.2020, GSZ 2020, 136 (m. Anm. Buchberger) = NVwZ-RR 2020, 687 = DÖV 2020, 639 (Ls.) = NWVBl. 2020, 282
Im Vorfeld einer Versammlung kann Polizei die Identität einer Person feststellen, die an zur Verhütung versammlungsspezifischer Straftaten eingerichteten mobilen Kontrollstelle angetroffen wird. Untersagung der Teilnahme an Versammlung nach § 10 Abs. 3 Satz 1 NVersG erst dann in Betracht, wenn weniger belastende Maßnahmen zur Gefahrenabwehr nicht ausreichen	OVG Lüneburg, 14.01.2020, DÖV 2020, 335 (Ls.) = NordÖR 2020, 382 (Ls.) = NdsVBl. 2020, 275
Der Begriff "Versammlung unter freiem Himmel" des Art. 8 II GG ist nicht im engen Sinne als Verweis auf nicht überdachten Veranstaltungsort zu verstehen. Erfasst werden Versammlungen, die in unmittelbarer Auseinandersetzung mit unbeteiligter Öffentlichkeit stattfinden. Auch bei grundsätzlicher Beachtung des Prioritätsgrundsatzes hat die zeitlich nachrangig angemeldete Veranstaltung nicht deshalb zurückzutreten, weil die geplante Versammlung des Erstanmelders einen Anstoß zur Durchführung der später angemeldeten Versammlung gegeben hat. Inhalt einer Meinungsäußerung, die im Rahmen des Art. 5 GG nicht unterbunden werden darf, kann auch nicht zur Rechtfertigung von Maßnahmen herangezogen werden, die Art. 8 GG beschränken. Inhaltliche Begrenzung von Meinungsäußerungen kommt, soweit sie nicht dem Schutze der Jugend oder dem Recht der persönlichen Ehre dient, daher nur im Rahmen der allgemeinen Gesetze im Sinne des Art. 5 Abs. 2 GG, insbesondere der Strafgesetze. Stellen der Verkauf und Konsum von Alkohol lediglich eine auf die Versammlungsteilnehmer ausgerichtete Serviceleistung dar, die keinen den Meinungs- und Willensbildungsprozess sicherstellenden oder in bedeutender Weise unterstützenden Charakter hat, bestehen Zweifel, ob das vom Schutzbereich des Art. 8 GG umfasst wird.	OVG Weimar, 04.07.2019, DVBl 2019, 53 = ThürVBl. 2020, 218
Versammlung kann trotz Einfriedung mit Bauzäunen „unter freiem Himmel“ stattfinden. Technische Vorkehrung, die es der Polizei ermöglicht, Beschallung jederzeit zu unterbrechen, kann nicht beauftragt werden. Verpflichtung zur Benennung von Presseverantwortlichen und Einrichtung eines Pressebereichs besteht nicht. Einschränkungen, die auf Gegenprotestversammlungen auf engstem Raum zurückgehen, sind vor Hintergrund der praktischen Konkordanz hinzunehmen. Verbot, Lieder mit rassistischem Inhalt abzuspielen, ist rechtmäßig. Zum Alkoholverbot bei Versammlungen.	VG Meiningen, 01.07.2019, ThürVBl. 2020, 221
Fehlt es an speziellen Regelungen zur Vollstreckung der auf versammlungsrechtlicher Grundlage erlassenen Verfügungen, steht die von Art. 8 I GG geschützte Versammlungsfreiheit dem Rückgriff auf die allgemeinen landesrechtlichen Regelungen nicht entgegen.	BVerwG, 03.05.2019, NVwZ 2019, 1281 mit Anm. Detterbeck = DÖV 2019, 755

	= BayVBl 2019, 747 Anm. Waldhoff, = JUS 2020, 191 = DVBl 2020, 280
Sind grundrechtlich geschützte Rechtsgüter gefährdet, so sind beim Erlass von Auflagen an die Gefahrenprognose hohe Anforderungen zu stellen. Demzufolge hat die Versammlungsfreiheit dann zurückzutreten, wenn eine Abwägung unter Berücksichtigung der Bedeutung des Freiheitsrechts ergibt, dass dies zum Schutz anderer mindestens gleichwertiger Rechtsgüter notwendig ist (im entschiedenen Fall bejaht für das allgemeine Persönlichkeitsrecht der schwangeren Frauen).	VG Karlsruhe, 27.03.2019, NVwZ 2019, 897 = VBIBW 2019, 478
Benutzung bengalischen Lichts im Rahmen einer Versammlung ist keine einer Theateraufführung „ähnliche Verwendung“ iSd § 3 I Nr. 6 SprengG. Werden bei Versammlung bengalische Feuer eingesetzt, um Aufmerksamkeit und Solidarisierung zu erzeugen, ist hierin lediglich unterstützendes Kundgebungsmittel, keine künstlerische Betätigung zu sehen. Die Auflage des Verbots bengalischen Feuers war somit zulässig.	VGH München, 06.12.2018 NJW 2019, 794
Versammlungsbehörde darf Bekanntgabe etwaiger versammlungsbeschränkender Maßnahmen nicht ohne zureichende Gründe verzögern; tut sie dies doch und verhindert dadurch im versammlungsrechtlichen Eilverfahren gebotene intensive gerichtliche Prüfung, so kann dies dazu führen, dass Veranstalter vorläufiger Rechtsschutz zu gewähren ist	OVG Weimar, 05.10.2018, ThürVBl. 2020, 71
Allein die Einordnung einer Musikgruppe als „extremistisch“ kann noch nicht dazu führen, dass künstlerische Tätigkeit als Ganzes nicht grundrechtlich geschützt ist. Gegenstand einer versammlungsrechtlichen Auflage in Bezug auf deren Auftritt kann idR nur sein, dass Lieder und Wortbeiträge unterlassen werden, durch welche gegen geltendes Recht verstoßen wird.	VGH Kassel, 28.09.2018 DÖV 2018, 116 (Ls.)
Beschränkung einer Versammlung liegt auch vor, wenn Teilnehmer einer Sitzblockade auf Fahrbahn einer Straße ihre Versammlung gemeinsam mit den sich zuvor schon auf dem benachbarten Gehweg befindenden Teilnehmern dort fortsetzen können. Erhebliche Störung einer Versammlung gem. § 10 II 1 Nds. VersG (Teilnehmer missachtet Beschränkung der Versammlung und deshalb droht Auflösung) kann durch Anwendung unmittelbaren Zwangs gegen störenden Versammlungsteilnehmer abgewehrt werden.	OVG Lüneburg, 11.06.2018, DÖV 2018, 876 = NdsVBl 2019, 60
Rechtmäßigkeit einer Auflage zur Beschränkung stationärer Kundgebung während Katholikentag	VG Münster, 09.05.2018 NWVBl 2018, 393
Zeigen oder Verwenden von Kundgebungsmitteln, die den Schriftzug YPG, YPJ oder PYD ohne gleichzeitige Sympathiekundgebung für PKK oder Öcalan nach Erkenntnis im Eilverfahren nicht nach Art. 15 I BayVersG beschränkbar.	BayVGH, 16.02.2018 BayVBl 2018, 637
Tragen von Transparenten in Gesichtshöhe stellt keinen Verstoß gegen das Vermummungsgebot nach § 17 II SächsVersG dar. Verdeckung des Gesichts durch Hochhalten stellt noch keine „unmittelbare Gefährdung“ iSv § 15 I SächsVersG dar.	OVG Bautzen, 31.05.2018 LKV 2018, 375 = DÖV 2018, 876 = SächsVBl 2019, 11
Uniformverbot nach § 3 I VersammlG bei Tragen gleichartiger Kleidungsstücke als Ausdruck gemeinsamer politische Gesinnung, wenn Auftreten in diesen Kleidungsstücken geeignet ist, suggestiv-militante, einschüchternde Wirkung zu erzielen, d.h. wenn Eindruck entstehen kann, dass Kommunikation iSe freien Meinungs-austausches abgebrochen und eigene Ansicht notfalls gewaltsam durchgesetzt werden soll.	BGH, 11.01.2018 GSZ 2018, 120 Anm. Fickenscher in NJW 2018, 1893 = NStZ 2018, 478 = StV 2020, 249 (Ls.)
Rechtmäßiges Versammlungsverbot anlässlich des G20-Gipfels in Form einer Allgemeinverfügung für einen größeren räumlichen Bereich	OVG Hamburg, 03.07.2017 NordÖR 2018, 42 (Ls.)

Rechtmäßige Verlegung des Kundgebungsortes einer Versammlung durch die Versammlungsbehörde	OVG Hamburg, 03.07.2017 NordÖR 2018, 42 (Ls.)
Faktischer Eingriff in Versammlungsfreiheit durch Tiefflug eines Tornado-Kampflugzeugs über Demonstranten-Camp	BVerwG, 25.10.2017 NJW 2018, 716; mit Anm. Roggan, S. 723 JZ 2018, 457
Anordnung, statt eines Aufzugs lediglich eine Standkundgebung durchzuführen, begründet ein Feststellungsinteresse unter dem Aspekt der schweren Grundrechtsbetroffenheit. Polizeiliche Einsatzplanung im Vorfeld einer Versammlung muss darauf gerichtet sein, vorhersehbare Störungen effektiv bis an die Grenze des tatsächlich Möglichen und rechtlich Zulässigen abzuwehren.	VG Gera, 29.03.2017 ThürVBl. 2018, 35
Angemeldete Kundgebung mit Redebeiträgen, Musikdarbietungen rechtsextremer Bands und Verkaufsständen ist keine kommerzielle Vergnügungsveranstaltung, sondern öffentliche Versammlung i.S.d. Versammlungsgesetzes, die auf Teilhabe an öffentlicher Meinungsbildung zielt. Enthält Veranstaltung sowohl Elemente, die auf Teilhabe an öffentlicher Meinungsbildung gerichtet sind, als auch solche, die diesem Zwecke nicht zuzurechnen sind, ist entscheidend, ob „gemischte“ Veranstaltung ihrem Gesamtgepräge nach Versammlung ist. Bleiben insoweit Zweifel, bewirkt der hohe Rang der Versammlungsfreiheit, dass Veranstaltung wie Versammlung behandelt wird.	VG Meiningen, 03.07.2017 ThürVBl. 2018, 39
Ermächtigung zur Einschränkung der verfassungsrechtlich garantierten Versammlungsfreiheit knüpft an Gefährdung von Rechtsgütern an. Prognose, dass für den Gedenktag des 09.11. geplante Veranstaltung das Gedenken an Opfer der nationalsozialistischen Gewalt und Willkürherrschaft verletzt, kann nicht allein auf Gesinnung der Anmelder gestützt werden. Gefahrenprognose bedarf konkreter, auf zu erwartenden Verlauf der Demonstration bezogener Anhaltspunkte.	ThürOVG, 07.11.2016 ThürVBl. 2018, 31
Zeitliche Verlegung eines Aufzugs von Personen aus dem rechtsextremistischen Spektrum ist nicht allein deshalb berechtigt, weil dieser an einem 09.11. stattfinden soll.	VG Gera, 02.11.2016 ThürVBl. 2018, 32
Zur versammlungsrechtlichen Zulässigkeit bestimmter Kundgebungsmittel.	VG Meiningen, 14.04.2016 ThürVBl. 2018, 43
Die mit einer versammlungsrechtlichen Auflage nach § 15 I VersG verfügte gänzliche Untersagung von Übernachtungszelten und weiterer Infrastruktur ist bei Berücksichtigung des Grundrechts aus Art. 8 I GG nicht bereits deshalb gerechtfertigt, weil die in dem öffentlichen Park vorhandenen Pflanzen und Tiere Schutz genießen. Jeder Nutzung einer Rasenfläche durch Versammlungsteilnehmer sind zwangsläufig gewisse Beeinträchtigungen des Grüns und eine eingeschränkte Nutzungsmöglichkeit durch Passanten immanent. In welchem Umfang die Versammlungsbehörde Auflagen zum Schutz der Nutzung öffentlicher Flächen im Hinblick auf die Veranstaltung als Protestcamp vornehmen kann, orientiert sich u.a. daran, auf welchen Nutzerkreis geplante Veranstaltung ihrem Konzept und ihren Kapazitäten nach ausgelegt ist.	OVG Hamburg, Beschl. v. 05.07.2017 NordÖR 2017, 563
Die Versammlungsbehörde hat im Rahmen des Eilrechtsschutzes das vom Antragsteller geplante Protestcamp vorsorglich den Regeln des Versammlungsrechts zu unterstellen. Dabei ist sie jedoch berechtigt, den Umfang des Camps so zu begrenzen und mit Auflagen zu versehen, dass nachhaltige Beeinträchtigungen des Stadtparks durch langfristige Schäden hinreichend ausgeschlossen sind. Insbesondere sind die Behörden berechtigt, die Errichtung von solchen Zelten und Einrichtungen zu untersagen, die ohne Bezug auf Akte der Meinungskundgabe allein der Beherbergung von Personen dienen sollen.	BVerfG Beschl. v. 28.06.2017 NordÖR 2017, 531

<p>Inhalt und Motto einer als Protestcamp gegen G-20-Gipfel geplanten Veranstaltung sowie sonstige Mittel wie Lautsprecher, Plakatwände, Schilder, Bühnen und offene Veranstaltungs- und Workshop-Zelte, derer sich der Veranstalter zur Meinungskundgabe bedienen will, fallen in Schutzbereich von Art. 8 GG. Infrastruktur wie Zelte, Pavillons und andere Versorgungseinrichtungen, ist vom Schutzbereich v. Art. 8 GG nur erfasst, wenn ihr funktionale oder symbolische Bedeutung für Versammlungsthema zukommt und Kundgebungsmittel damit erkennbaren inhaltlichen Bezug zur kollektiven Meinungskundgabe aufweist. Beurteilung, ob eine aus Schutz des Versammlungsrechts unterfallenden Teilen und aus sonstigen Modalitäten bestehende gemischte Veranstaltung ihrem Gesamtgepräge nach eine Versammlung darstellt, ist durch Gesamtschau aller relevanten tatsächlichen Umstände vorzunehmen.</p>	<p>OVG Hamburg, 22.06.2017 NordÖR 2017, 556</p>
<p>Zur Rechtmäßigkeit örtlicher Beschränkungen regelmäßiger Versammlungen in München ("Montagsspaziergänge" und tägliche stationäre Versammlungen) zum Schutz kollidierender Rechtsgüter Dritter: Das durch Art. 8 Abs. 1 GG eingeräumte Selbstbestimmungsrecht über Ort, Zeitpunkt sowie Art und Inhalt der Versammlung ist durch den Schutz der Rechtsgüter Dritter und der Allgemeinheit begrenzt.</p>	<p>VGH München, 27.10.2016, BayVBl. 2017, 635</p>
<p>Zur Zulassung einer Versammlung innerhalb des befriedeten Bezirks um den Bayerischen Landtag. Eine Ausnahme vom generellen Verbot von Versammlungen innerhalb des befriedeten Bezirks ist möglich, wenn eine Beeinträchtigung der Tätigkeit des Landtags und seiner Fraktionen sowie seiner Organe und Gremien und eine Behinderung des freien Zugangs zum Landtagsgebäude nicht ernsthaft zu besorgen ist.</p>	<p>VGH München, 12.04.2017, NVwZ-RR 2017, 574</p>
<p>Das (dauerhafte) Campieren auf öffentlichen Flächen ohne einen inhaltlichen Bezug zur Versammlung als „Ersatz-Obdach“ ist wegen der damit verbundenen Beeinträchtigung öffentlicher Belange nicht mehr von dem Schutzbereich des Art. 8 GG erfasst.</p>	<p>OVG Hamburg, 22.06.2017, NVwZ 2017, 1390</p>
<p>Ob und in welchem Umfang Art. 8 I GG Einrichtung von mehrtägigen Zeltlagern (sog. Protestcamps) unter Inanspruchnahme öffentlicher Anlagen (hier: des Hamburger Stadtparks) schützt, wirft schwierige und in der verfassungsrechtlichen Rspr. ungeklärte Fragen auf, die nicht im Eilrechtsschutzverfahren geklärt werden können. Als Ergebnis der Folgenabwägung im Rahmen eines auf Erlaubnis dieses Protestcamps in einer öffentlichen Anlage gerichteten Eilrechtsschutzverfahrens kann bei ungeklärter Rechtslage die Anordnung geboten sein, das Protestlager vorsorglich den Regeln des Versammlungsrechts zu unterstellen und die Behörde gleichzeitig zu ermächtigen, entsprechend ihrem Entscheidungsspielraum den Umfang des Lagers zu begrenzen, mit Auflagen zu versehen oder unter bestimmten Voraussetzungen einen anderen Ort für die Durchführung des Lagers zuzuweisen.</p>	<p>BVerfG 28.06.2017, NVwZ 2017, 1374</p>
<p>Ermächtigung zur Einschränkung verfassungsrechtl. garantierten Versammlungsfreiheit knüpft an Gefährdung von Rechtsgütern an. Prognose, dass für Gedenktag des 09.11. geplante Veranstaltung Gedenken an Opfer der nationalsozialistischen Gewalt- u Willkürherrschaft verletzt, kann nicht allein auf Gesinnung d Anmelder gestützt werden. Gefahrenprognose bedarf konkreter, auf den zu erwartenden Verlauf der Demonstration bezogener Anhaltspkte.</p>	<p>OVG Weimar, 07.11.2016, LKV 2017, 90 (Ls.)</p>
<p>Identitätsfeststellung und Freiheitsentziehung durch „Kesselbildung“ im Rahmen einer Versammlung: Die Notwendigkeit eines auf den konkreten Versammlungsteilnehmer bezogenen Verdachts schließt es nicht aus, auch gegen eine ganze Gruppe von Versammlungsteilnehmern nach § 163b I S. 1 StPO vorzugehen, wenn sich aus deren Gesamtaufreten ein Verdacht auch ggü den einzelnen Mitgliedern der Gruppe ergibt und das Vorgehen die übrigen Versammlungsteilnehmer so weit wie möglich ausspart.</p>	<p>BVerfG, 02.11.2016, KriPoZ 2017, 64 = DÖV 2017, 256 (Ls.) = ZD 2017, 231</p>

<p>Belastende Auflage für Verlegung einer von sechs Marschrouten eines Sternmarsches kann auch ggü Erstanmelder ermessensfehlerhaft sein, insbesondere wenn historisch bedeutsame Hauptkundgebung nicht berührt wird. Werden mehrere Versammlungen zur gleichen Zeit für denselben Ort angemeldet, so ist eine Gesamtschau vorzunehmen mit dem Ziel, die Gewährleistungen des Art. 8 GG in möglichst großem Ausmaß zu verwirklichen.</p>	<p>OVG Greifswald, 29.04.2016, NordÖR 2017, 101</p>
<p>Schutzauftrag des allgemeinen Persönlichkeitsrechts wird durch Anspruch auf Ausgleich des immateriellen Schadens verwirklicht. Dies gilt nicht weniger, wenn auch Grundrecht auf Freiheit der Person betroffen ist. Demgemäß ist Verletzung des Grundrechts aus Art. 2 II 2 GG für gebotene Gesamtschau aller Umstände des Einzelfalls einzubeziehen. Auch wenn in mindestens achtstündigen rechtswidrigen Festsetzung des Beschwerdeführers keine nachhaltige Beeinträchtigung gesehen wird, ist abschreckende Wirkung zu erwägen, die derartigen Behandlung für künftige Ausübung des Rechts auf Versammlungsfreiheit zukommen kann.</p>	<p>BVerfG, 29.06.2016, DIE POLIZEI 2016, 328 = RDV 2016, 262 (Ls.)</p>
<p>Verfassungsrechtlich verbürgte Recht des Veranstalters, Versammlung an einem Ort durchzuführen, an dem er Beachtungserfolg nach seinen Vorstellungen erzielen möchte, kann sich im Einzelfall unter Inkaufnahme verschiedener Beschränkungen gegenüber gefahrenabwehrrechtlichen Belangen durchsetzen, mit denen Versammlungsverbot im durch Allgemein-verfügung angeordneten Sicherheitsbereich begründet wird.</p>	<p>OVG Lüneburg, 22.04.2016, NdsVBl. 2016, 280 = DIE POLIZEI 2016, 215 (Ls.) = NVwZ-RR 2016, 625 (Ls.) = DÖV 2016, 657</p>
<p>Verpflichtung von Ordnern durch versammlungsrechtliche Auflage, auf Verlangen zur Identitätsfeststellung einen gültigen Personalausweis vorzuzeigen, begegnet keinen rechtlichen Bedenken. Verpflichtung des Versammlungsleiters durch versammlungsrechtliche Auflage, Ordner in Anwesenheit des Einsatzleiters der Polizei in ihre Aufgaben einzuweisen und über ihre Rechte zu belehren, ist rechtswidrig.</p>	<p>OVG Bautzen, 02.02.2016, LKV 2016, 223 = DÖV 2016, 532 (Ls.)</p>
<p>Sofern kein polizeilicher Notstand vorliegt, hat Polizei wirksame Maßnahmen zur Durchsetzung des Versammlungsgrundrechts eines angemeldeten und friedlichen Aufzugs nach Art. 8 I GG gegenüber blockierenden Gegendemonstranten (Verhinderungsblockade) zu ergreifen und ggf. Wegstrecke für Aufzug freizumachen.</p>	<p>OVG Berlin-Brandenburg, 18.01.2016, LKV 2016, 225</p>
<p>Gegen friedliche Versammlung kann nach § 15 I VersG auch eingeschritten werden, wenn polizeiliche Maßnahmen gegen für die befürchtete Störung Verantwortliche Schaden herbeiführen würden, der in offenkundigem Missverhältnis zum angestrebten Erfolg stünde (sog. unechter polizeilicher Notstand). Voraussetzung ist hohe Wahrscheinlichkeit in der Gefahrenprognose sowie vorherige Ausschöpfung aller anwendbaren Mittel, die Grundrechtsverwirklichung der friedlichen Demonstranten ermöglicht. Drohen Gewalttaten als Gegenreaktion auf Versammlung, setzt Inanspruchnahme des Nichtstörers durch Auflösung oder Beschränkung der Ausgangsveranstaltung voraus, dass Schutz vor Gefahren für öffentliche Sicherheit primär durch Maßnahmen gegenüber den Störern erfolgt, diese aber nur unzureichend gewährleistet werden kann, weil erforderliche Gegenmaßnahmen Ausschreitungen befürchten lassen, die nach Art und ihrem Ausmaß zwangsläufig zu Schäden an Leib oder Leben bei friedlichen Versammlungsteilnehmern, unbeteiligten Dritten oder Sachen von erheblichem Wert führen würden.</p>	<p>VGH Mannheim, 21.12.2015, VBIBW 2016, 299, = DÖV 2016, 395 (Ls.) = NVwZ-RR 2016, 462 (Ls.)</p>
<p>Bei Austragung eines Fußballspiels innerhalb eines zu allen Seiten hin baulich umgrenzten Stadions handelt es sich auch dann um öffentliche Veranstaltung "unter freiem Himmel", wenn Tribünenbereich mit einer gegen Witterungseinflüsse schützenden Überdachung versehen ist. Entscheidend ist, dass Veranstaltung an einem für jedermann zugänglichen</p>	<p>OLG Bamberg, 24.11.2015, NStZ 2016, 487</p>

<p>und damit öffentlichen Ort stattfindet, was nicht dadurch in Frage gestellt ist, dass Einlass nur gegen Eintritt gewährt wird oder Veranstalter berechtigt ist, Störer auszuschließen. Mit möglichem Wortsinn der für öffentliche Veranstaltungen "unter freiem Himmel" bußgeldbewehrtes ‚Vermummungsverbot‘ vorsehenden Bestimmungen der Art. 16 I, II Nr. 2 i. V. m. Art. 21 II Nr. 7 BayVersG ist Auslegung vereinbar, dass Tatbestand auch dann erfüllt ist, wenn Tribünenbereich eines Sportstadions überdacht ist.</p>	
<p>Art. 8 GG schützt auch „infrastrukturelle“ Ergänzungen der Veranstaltung in Form von Informationsständen, Sitzgelegenheiten, Imbissständen oder auch Zelten, sofern sie funktional versammlungsspezifisch eingesetzt werden. Nicht in Schutzbereich von Art. 8 GG fallen infrastrukturelle Begleitaktivitäten, wenn sie über eigene Versammlungsaktivität hinausgehen, ohne für diese notwendig zu sein. Begleiterscheinungen einer Versammlung nur dann dem Schutzbereich der Versammlungsfreiheit zugeordnet, wenn zur Verwirklichung des Versammlungszwecks funktional oder symbolisch für kollektive Meinungskundgabe wesensnotwendig, ohne die eine gemeinsame Meinungsbildung und Meinungsäußerung nicht möglich ist, wenn sie inhaltlich in hinreichendem Zusammenhang mit der Durchführung der Versammlung stehen und einen spezifischen Bezug zum Versammlungsthema aufweisen und sie erkennbaren inhaltlichen Bezug zur Meinungskundgabe aufweisen oder wenn nur unter ihrer Verwendung Versammlung zweckentsprechend durchgeführt werden kann. Dies ist von Behörde nach objektivem Maßstab zu beurteilen. Grundlage für Beurteilung ist Vorbringen der Veranstalter.</p>	<p>VGH München, 22.09.2015, NVwZ-RR 2016, 498</p>
<p>Voraussetzungen eines polizeilichen Notstands. Selbst wenn an Aufzug voraussichtlich beträchtliche Zahl von Personen teilnehmen wird, die gewaltsame Auseinandersetzungen geradezu suchen, rechtfertigt dies kein generelles Verbot des Aufzugs. In solchem Fall setzt vorbeugendes Verbot der gesamten Veranstaltung strenge Anforderungen an Gefahrenprognose sowie vorherige Ausschöpfung aller sinnvoll anwendbaren Mittel voraus, welche friedlichen Demonstranten eine Grundrechtsverwirklichung ermöglichen. Gegen friedliche Versammlung selbst kann dann nur unter besonderen Voraussetzungen des polizeilichen Notstandes eingeschritten werden. Dies setzt voraus, dass Versammlungsbehörde mit hinreichender Wahrscheinlichkeit wegen der Erfüllung vorrangiger staatlicher Aufgaben und trotz Bemühens, gegebenenfalls externe Polizeikräfte hinzuzuziehen, zum Schutz von dem Antragsteller angemeldeter Versammlung nicht in der Lage wäre. Darlegungs- und Beweislast für Vorliegen von Gründen für Verbot oder Auflage liegt grundsätzlich bei Behörde.</p>	<p>OVG Hamburg, 11.09.2015, NordÖR 2016, 219</p>
<p>Auch wenn Versammlungsort (hier: Platz mit einem Mahnmal zur Erinnerung an die in der NS-Zeit ermordeten Juden) nicht zu den gemäß § 15 II Satz 1 Nr. 1, Satz 4 Vers bestimmten Orten gehört, kann Versammlung an diesem Ort unmittelbare Gefährdung der öffentlichen Ordnung begründen.</p>	<p>OVG Saarlouis, 03.08.2015, NVwZ-RR 2015, 892 (Ls.)</p>
<p>Nach welchen konkreten Grundsätzen Kollision der Grundrechte auf Versammlungs- und Meinungsfreiheit (hier: Bierdosen-Flashmob) mit Grundrechten Privater, die Ort für öffentlichen Verkehr eröffnen und damit Ort der allgemeinen Kommunikation schaffen, aufzulösen ist, hat BVerfG bisher nicht entschieden und bedarf Klärung im Hauptsacheverfahren. Führt Folgeabwägung im Rahmen von § 32 BVerfGG im Einzelfall dazu, dass sich das faktische Verbot einer geplanten Versammlung nicht mit vorrangigen Eigentumsrechten des Grundstückseigentümers begründen lässt, so folgt daraus regelmäßig die Unzulässigkeit eines Verbots, für Veranstaltung zu werben.</p>	<p>BVerfG, 18.07.2015, NJW 2015, 2485 = DÖV 2016, 81 = BayVBl. 2016, 195 = LKV 2016, 455 = NVwZ 2016, 56 (Ls.)</p>

<p>Schutz des Grundrechts der Versammlungsfreiheit (Art. 8 GG) umfasst insbesondere auch Selbstbestimmung hinsichtlich Ort, Zeitpunkt, Art und Inhalt einer Versammlung (BVerfGE 69, 315/343), jedoch erübrigt Selbstbestimmungsrecht nicht Abwägung mit kollidierenden Interessen Dritter. Diese Abwägung liegt vielmehr in staatlicher Verantwortung einer verfassungskonformen Schrankenziehung insbesondere auch durch Auflagen bzw. Beschränkungen der Versammlung. Dabei ist Sichtkontakt zu Veranstaltung, gegen die demonstriert wird, zu gewährleisten.</p>	<p>VGH München, 29.04.2015, DVBl 2015, 1126 m. Anm. Stegmüller</p>
<p>Bei Demonstration in Form eines rollenden Konvois, der sich durch Fußgängerzone bewegt und in engen Kontakt mit Passanten kommt, obliegt es nach Art. 4 I Nr. 2 BayVersG Versammlungsleiter für Ordnung zu sorgen. Hierzu kann er sich nach Art. 4 II Satz 1 BayVersG Ordnern bedienen. Diese sind aber auch nur zur Verhinderung von Störungen aus Kreis der Versammlungsteilnehmer befugt und haben keine Befugnisse gegenüber Passanten oder anderen Dritten. Gefahren durch Dritte abzuwehren obliegt Polizei (Art. 2. I PAG).</p>	<p>BayVGH, 24.02.2015, BayVBl. 2015, 823</p>
<p>Es ist mit Art. 8 GG nicht zu vereinbaren, dass bereits mit Bevorstehen einer Gegendemonstration, deren Durchführung Einsatz von Polizeikräften erfordern könnte, erreicht werden kann, dass dem Veranstalter einer angemeldeten Versammlung Möglichkeit genommen wird, sein Demonstrationsanliegen zu verwirklichen. Es muss daher vorrangig versucht werden, Schutz der Versammlung auf andere Weise durchzusetzen. Anmeldepflicht aus § 14 I VersG gilt nicht für sich ungeplant aus aktuellem Anlass grundsätzlich ohne Einladung und Versammlungsleiter bildende Spontanversammlung, wenn der mit ihr verfolgte Zweck bei Einhaltung der Anmeldepflicht nicht erreicht werden kann. Vor Hintergrund des Zusammentreffens einer Versammlung des NPD-Landesverbandes mit etwa 70 Teilnehmern mit großer Anzahl von Gegendemonstranten ist Versammlungsbehörde verpflichtet, beiden durch Art. 8 I GG geschützten Versammlungen zur optimalen Durchführung zu verhelfen. Bietet Veranstalter Alternativroute an, ist Versammlungsbehörde gehalten, dieser Möglichkeit nachzugehen und nach Wegen zu suchen, Versammlung gegen Gefahren zu schützen, die nicht von ihr selbst ausgehen.</p>	<p>VG Karlsruhe, 13.02.2015, VBIBW 2016, 124</p>
<p>Zum Umfang der Verwerflichkeitsprüfung bei friedlichen Blockadeaktion. Verwerflich ist Nötigung im Zusammenhang mit Versammlung dann, wenn Verquickung von Mittel und Zweck mit den Grundsätzen eines geordneten Zusammenlebens unvereinbar, also „sozial unerträglich“ ist. Grundrecht auf Versammlungsfreiheit ist dabei nicht etwa nur eingeschränkt, sondern vollumfänglich bei der gebotenen Mittel-Zweck-Abwägung zu berücksichtigen ist.</p>	<p>OLG Karlsruhe, 08.01.2015, NSTz 2016, 32</p>
<p>Zum Schutz von Einsatzkräften der Polizei bzw. Unbeteiligten können Höchstwerte für die bei Versammlungen genutzten Beschallungsanlagen (hier 85 dB (A)) festgesetzt werden.</p>	<p>VGH München, 16.10.2014, NVwZ-RR 2015, 106</p>
<p>Eine versammlungsrechtliche Auflage, mit der das Fotografieren von Gegendemonstranten, opponierenden Teilnehmern und unbeteiligten Personen untersagt wird, ist zulässig, wenn konkrete Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass die Aufnahmen später rechtswidrig (KUG) veröffentlicht werden sollen.</p>	<p>VGH München, 16.10.2014, NVwZ-RR 2015, 104</p>
<p>Die Verwendung von Lautsprechern und Megaphonen zur Äußerung des versammlungsbezogenen Anliegen, dass nur die das Anliegen der Versammlung unterstützende Personen an ihr teilnehmen und Polizisten sich außerhalb des Aufzuges bewegen sollen, ist vom Schutzbereich der Versammlungsfreiheit erfasst. Anderslautende Auflage und die Sanktionierung ihrer Nichteinhaltung ist unzulässig, wenn von Verwendung keine Gefahr für Personen oder den ordnungsgemäßen Verlauf der Versammlung ausgeht.</p>	<p>BVerfG, 26.06.2014, NVwZ 2014, 1453 = EuGRZ 2014, 567 = DÖV 2014, 933 (Ls.)</p>

Ein Versammlungsverbot wegen der Meinungsinhalte, die bei Durchführung der Versammlung verbreitet werden sollen, ist nur zulässig, wenn die betreffenden Äußerungen den Strafgesetzen zuwiderlaufen	VG Bremen, 30.05.2014, NordÖR 2014, 403
Eine Versammlungsbeschränkung am Holocaust-Gedenktag erfordert die Feststellung, dass die Versammlung eine den Umständen nach eindeutige Stoßrichtung gegen das Gedenken erkennen lässt, etwa weil sie die Sinnhaftigkeit oder die Wertigkeit des Gedenkens negiert oder in anderer Weise dem Anspruch der Mitbürger entgegenwirkt, sich ungestört dem Gedanken an diesem Tag widmen zu können (hier: unzulässige Auflage der Verlegung)	BVerwG, 26.02.2014, DIE POLIZEI 2014, 151 = NVwZ 2014, 883 m. Anm. Enzensperger = NJ 2014, 428 (Ls.) m. Anm. Hutsch
Nach § 11 Satz 2 NdsVersG müssen sich bei Versammlungen unter freiem Himmel anwesende Zivilpolizisten individuell gegenüber Versammlungsleiter zu erkennen geben	VG Göttingen 06.11.2013, DÖV 2014, 400 (Ls.)
Präventives Versammlungsverbot in Gestalt einer Allgemeinverfügung, welches auch friedliche Versammlungen erfasst, darf nur unter den Voraussetzungen des polizeilichen Notstands erlassen werden (hier: Castor-transport). Darlegungs- und Beweislast liegt bei der Versammlungsbehörde.	VGH Mannheim, 06.11.2013, DIE POLIZEI 2014, 58 = VBIBW 2014, 147 = DÖV 2014, 129 (Ls.)
Rechtmäßigkeit versammlungsrechtlicher Auflagen (Verbot des Mitführens und Verwendens brennbarer Flüssigkeiten und offenem Feuer, Mitführen von Hunden, Mitführen von Getränken in anderen als Plastikbehältnissen und Tetrapackungen, Konsum von Alkohols und Schallschutzanlage).	VG Karlsruhe, 16.08.2013, Polizei Info 2/2015, 15 (Ls.) m. Anm. Werntaler
Autobahnen und Kraftfahrstraßen sind keine generell „versammlungsfreien Räume“. Verbot der V. auf einer solchen Straße rechtmäßig, wenn wegen der erforderlichen Sperrung für dort stationierte Rettungswachen die gesetzlich normierte Hilfsfrist nicht mehr eingehalten werden kann.	VG Gießen, 07.08.2013, DÖV 2013, 992 (Ls.) = NVwZ-RR 2014, 196 (Ls.)
Eine Versammlung am Volkstrauertag kann nicht grundsätzlich verboten werden, sondern nur, wenn sie dem Charakter als Volkstrauertag widerspricht.	OVG Koblenz, 20.03.2013, NVwZ-RR 2013, 641
Einkesselung von Demonstranten und Einsatz von Techniken zu ihrer Kontrolle kann eine gegen Art. 5 I verstoßende Freiheitsentziehung sein. Sie darf nicht dazu benutzt werden, direkt oder indirekt Protestbewegungen zu ersticken oder zu entmutigen.	EGMR, 15.03.2012, NVwZ-RR 2013, 785
Umstände, auf die sich die Behörde bei der Auflösung stützt, müssen bei Durchführung der Versammlung oder des Aufzugs eine unmittelbare Gefahr für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung begründen.	VG Hamburg, 18.01.2013, DÖV 2013, 908 (Ls.)
Gegen eine friedliche Versammlung kann nur unter den besonderen Voraussetzungen des polizeilichen Notstandes eingeschritten werden. Hier rechte Versammlung mit Vielzahl von Gegendemonstrationen	BVerfG, 20.12.2012, DVBl 2013, 367 = EuGRZ 2013, 76 = NVwZ 2013, 570 = DÖV 2013, 318 (Ls.)
Ob zeitliche Verlegung einer Versammlung um einen Tag Auflage oder Versammlungsverbot ist, bemisst sich primär nach dem Bezug des Versammlungsziels zu dem angemeldeten Tag. Zulässige Verschiebung wegen Gefährdung der öffentlichen Ordnung ausnahmsweise bei NPD-Versammlung am 27.1. als Gedenktag an die Opfer des Nationalsozialismus	OVG Koblenz, 06.12.2012, DVBl 2013, 390 = DÖV 2013, 358 (Ls.)
Versammlungsrechtliche Auflage zum Verbot des Mitführens von Vermummungsgegenständen bedarf einer gesetzlichen Ermächtigungsgrundlage jenseits von § 17a II Nr. 2 VersG. Pflicht des Versammlungsleiters für Einhaltung des Verbots des Mitführens von Vermummungsgegenständen zu sorgen ist allenfalls zulässig unter engen Voraussetzungen des § 15 I VersG	VGH Mannheim, 02.08.2012, DÖV 2012, 817 (Ls.) = VBIBW 2012, 473
Verbot einer Versammlung in unmittelbarer Nähe eines Gebetsraums unter dem Motto „Überfremdung stoppen – keine Moschee in E.“ rechtswidrig, weil keine konkreten Anhaltspunkte für Gefährdung der öffentlichen Sicherheit vorlagen.	VG Meiningen, 24.07.2012, ThürVBl. 2013, 92

Asylbewerber kann die Teilnahme an Versammlung untersagt werden, wenn er dadurch gegen die räumliche Beschränkung seines Aufenthalts verstößt. Gegenstände, die lediglich der bequemerer Durchführung der Versammlung dienen (hier Zelt) und keinen inhaltlichen Bezug zur Meinungskundgabe aufweisen, fallen nicht unter den Schutz der Versammlungsfreiheit.	BayVGH, 02.07.2012, BayVBl. 2012, 756
Versammlungsverbot gerechtfertigt bei einer Versammlung gegen Wohnsitznahme bestimmter Personen (Sexualstraftäter), wenn Bedrohungen, Nötigungen und Übergriffe während und nach der Versammlung drohen und eine pogromartige Verfolgungslage und Vertreibungsdruck geschaffen wird.	OVG Magdeburg, 08.06.2012, NVwZ-RR 2013, 100 (Ls.) = DÖV 2013, 161 (Ls.)
Rechtmäßigkeit der Untersagung von „Blockupy-Aktionen; diese fallen nicht unter den Schutz des Art. 8 GG, da vorrangiges Ziel Verkehrsbehinderungen sind.	VGH Kassel, 16.05.2012, NVwZ-RR 2012, 805,
Zulässige Beschränkungen hinsichtlich des Versammlungsortes gegen Versammlung, die unmittelbar vor dem Wohnhaus eines ehemaligen Strafgefangenen stattfindet, um diesen durch Lärm und Parolen zu vertreiben.	OVG Magdeburg, 25.04.2012, NJW 2012, 2535
Ein Lautsprecherverbot kann eine unverhältnismäßige versammlungsrechtliche Auflage sein; es bedarf einer besonderen Interessenabwägung, das Argument, ein Lautsprechereinsatz sei für die Binnenkommunikation der (wenigen) Teilnehmer nicht erforderlich alleine reiche nicht aus.	VGH Kassel, 31.05.2012, DÖV 2012, 736 (Ls.) = DVBl 2012, 1117, = NJW 2013, 555 (Ls.)
Zum Verbot einer Versammlung reicht allgemeine Gewaltbereitschaft der „rechten Szene“ nicht aus, es müssen tatsächliche Anhaltspunkte vorliegen. Einschränkungen an einem symbolträchtigen Gedenktag setzen voraus, dass das sittliche Empfinden der Bürgerinnen und Bürger erheblich beeinträchtigt wird; als Maßnahme sind in erster Linie Auflagen in Betracht zu ziehen.	OVG Schleswig, 29.03.2012, NordÖR 2012, 421
Versammlungsverbot im Wesentlichen nur zur Abwehr von fast mit Gewissheit zu erwartenden Gefahren für elementare Rechtsgüter. Bloße Vermutungen reichen nicht aus, es müssen Erkenntnisquellen über Äußerungen potentieller Versammlungsteilnehmer dahingehend bewertet werden, ob strafrechtliche Grenzen überschritten werden, ob sie zurechenbar sind und ob Wiederholungsfahr besteht. Auch gesetzeskonformer Verlauf vergleichbare früherer Versammlungen ist zu berücksichtigen	VG Schleswig, 27.03.2012, NordÖR 2012, 418
Teilweise Untersagung einer Versammlung im Stuttgarter Hbf rechtmäßig, da zweifelhaft, ob dieser Ort allgemeinen kommunikativen Verkehrs (vgl. BVerfG 22.2.2011) ist. Besondere Bedeutung als zentraler Verkehrsknotenpunkt sowie spezifische Gefährdungslage der Sicherheit und Funktionsfähigkeit des Verkehrsbetriebs müssen beachtet werden.	VG Stuttgart, 02.03.2012, NVwZ-RR 2012, 887 (Ls.)
Bei einer Lärmschutzaufgabe nach § 15 VersammIG ist es nicht erforderlich, dass die Versammlungsbehörde im Einzelfall nachweist, dass es bei vorherigen Versammlungen durch den Gebrauch von Megaphonen zu Gehörschäden gekommen ist. Zu der öffentlichen Sicherheit gehören auch die Bestimmungen des Bundesimmissionsschutzgesetzes sowie des Arbeitsschutzrechts, das auch für Polizeibeamte gilt.	OVG Magdeburg, 13.02. 2012, NVwZ-RR 2012, 308 (Ls.)
Zeigen des Hitlergrußes oder Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen allein vermag ein Verbandsverbot unter Verhältnismäßigkeitsgesichtspunkten nicht zu rechtfertigen; es sind mildere Maßnahmen zu prüfen. Abgrenzung eines neonazistischen Liederabends von Versammlung	VG Magdeburg, 30.01.2012, NVwZ-RR 2012, 473
Zeitliche Verlegung einer Demonstration wegen Gefährdung der öffentlichen Ordnung nicht bereits dann, wenn diese in irgendeinem Sinne als einem Gedenktag entgegenlaufend zu beurteilen; Feststellung	BVerfG, 27.01.2012, NVwZ 2012, 749

erforderlich, dass von der konkreten Art und Weise der Durchführung der Versammlung Provokationen ausgehen.	
Ob die zeitliche Verlegung einer Versammlung um einen Tag lediglich als Auflage und nicht als Versammlungsverbot zu qualifizieren ist, bemisst sich in erster Linie nach dem Bezug des Versammlungsziels zu dem angemeldeten Tag.	OVG Koblenz, 27.01.2012, DÖV 2012, 405 (Ls.)
Auflage, eine Kundgebung durch Personen aus dem Umfeld rechtsextremer „Kameradschaften“ nicht am Tag des Gedenkens an die Reichspogromnacht durchführen zu dürfen, kann auf eine unmittelbare Gefahr für die öffentliche Ordnung gestützt werden.	OVG Münster, 08.11.2011, DÖV 2012, 204 (Ls.)
Versammlungsrechtliche Auflage, dass dunkel gekleidete Teilnehmer nicht in Blockform nebeneinander gehen dürfen, dient der verfassungsrechtlich zulässigen Abwehr einer Gefahr für die öffentliche Ordnung infolge der Art und Weise der Durchführung einer Versammlung durch ein aggressives, die Bürger einschüchterndes Verhalten der Versammlungsteilnehmer, durch das ein Klima der Gewaltdemonstration und potentieller Gewaltbereitschaft erzeugt wird. Weder die Versammlungs- noch die Kunst- oder Meinungsfreiheit beinhalten Recht, Kritik einzeln oder kollektiv, ausdrücklich oder in schauspielerischer Form in der Weise so zum Ausdruck zu bringen, dass der Kritisierte bzw. Karikierte gegen seinen Willen körperlich zum Objekt gemacht wird. Die durch die Auflage untersagten Tätigkeiten der „Rebel-Clowns“ sind damit nicht mehr grundrechtlich geschützt	OVG Lüneburg, 19.08.2011, VG Hannover, 03.03.2011, DVBl 2011, 1303 = DÖV 2011, 900 = NdsVBl. 2012, 163
Versammlungen in einem dem allgemeinen öffentlichen Verkehr eröffneten Bereich eines Flughafens können nur auf der Grundlage einer Gefahrenprognose beschränkt werden, die auf nachweisbaren Tatsachen und Sachverhalten und nicht auf bloßen Vermutungen beruht.	BayVGh, 05.08.2011, NVwZ-RR 2012, 66 = DVBl 2012, 1373 (Ls.) = DÖV 2012, 900 (Ls.)
Bereits öffentliches Üben der Verhinderung einer nicht verbotenen Versammlung stellt Verstoß gegen § 2 II VersG (heute § 4 Nds VersG) dar, der die zuständige Behörde nach § 15 I VersG (heute § 8 I Nds VersG) zum Erlass einer diese Übung untersagenden Auflage ermächtigt.	OVG Lüneburg, 28.07.2011, DVBl 2011, 1184 (Ls.) = DÖV 2011, 820 (Ls.) = NdsVBl. 2011, 316 = NordÖR 2013,87
Rechtswidrigkeit der Anordnung, mit der Versammlungsleiter und Ordner verpflichtet werden, Polizei über von ihnen nicht zu unterbindende versammlungsrechtliche und strafrechtliche Verstöße zu informieren, ist rechtswidrig. Auflage die Personalien von Ordnern an Behörde mitzuteilen nur unter Voraussetzungen des § 15 I VersG zulässig	VGh Mannheim, 30.06.2011, DVBl 2011, 1305 = DÖV 2011, 820 (Ls.) = VBIBW 2012, 61
Vollständiges Versammlungsverbot (§ 8 II 1 Nds VersG) ist wegen hoher Bedeutung des Grundrechts aus Art. 8 GG unverhältnismäßig, wenn Gefahren für die öffentliche Sicherheit durch die Beschränkung der Versammlung auf eine stationäre Kundgebung anstelle eines Aufzuges erheblich verringert werden können. Aus Motto „Tag der deutschen Zukunft -Ein Signal gegen Überfremdung – Gemeinsam für eine deutsche Zukunft“ lässt sich kein Verstoß gegen Strafbestimmungen begründen.	OVG Lüneburg, 01.06.2011, NordÖR 2011, 367
Bei Verbot einer Versammlung aufgrund des Mottos ist der objektive Sinngehalt des Mottos zu ermitteln. Bei mehreren Auslegungen ist diejenige rechtlich zugrunde zu legen, die sich innerhalb des Grundrechts auf Meinungsfreiheit bewegt.	OVG Greifswald 28.04.2011 DÖV 2012, 37 (Ls.)
Versammlungsverbot erfordert hinreichende Anhaltspunkte für unmittelbare Gefährdung der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung und scheidet aus, solange mildere Mittel nicht ausgeschöpft sind. Motto „Fremdarbeitsinvasion stoppen“ stellt keine Volksverhetzung verbunden mit einem Angriff auf die Menschenwürde nach § 130 I StGB dar; Ablehnung bestimmten Gedankenguts durch überwiegenden Teil der Bevölkerung rechtfertigt allein keinen Grundrechtseingriff. Bei Befürchtung	VGh Mannheim, 28.04.2011, NVwZ-RR 2011, 602

<p>von Gewalttaten als Gegenreaktion müssen sich behördliche Maßnahmen primär gg. Störer richten, Heranziehung des Veranstalters als Zweckveranlasser kann allenfalls bei Vorliegen besonderer, über inhaltliche Ausrichtung der Veranstaltung hinausgehender provokativer Begleitumstände in Betracht kommen.</p>	
<p>Gegenüber Teilnehmern einer Versammlung sind Maßnahmen (hier Ingewahrsamnahme) aufgrund allg. Polizeirechts erst zulässig, wenn Versammlung aufgelöst oder betroffener Teilnehmer von Versammlung ausgeschlossen wurde</p>	<p>VG Sigmaringen, 29.11.2010 NVwZ-RR 2011, 234 (Ls.)</p>
<p>Lärmschutzaufgaben nicht nur zum Schutz vor Gesundheitsgefahren zulässig. Schutz Unbeteiligter vor Immissionen, die von Versammlung ausgehen, greift schon unterhalb der Schwelle der andernfalls drohenden Gesundheitsgefahr ein, hier zur Einhaltung des BImSchG sowie Arbeitsschutzrecht. Rechtmäßigkeit angeordneter „Musik- bzw. Lärmpausen“ ist stets einzelfallbezogen zu beurteilen, hier wegen langer Dauer der Versammlung zum Schutz der eingesetzten Polizeikräfte angeordnete Lärmpausen nach spätestens 7 Minuten für jeweils min. 5 Minuten rechtmäßig</p>	<p>OVG Lüneburg, 10.11.2010, NVwZ-RR 2011, 141 = NordÖR 2011, 45</p>
<p>Vollständiges Versammlungsverbot mit Rücksicht auf hohe Bedeutung des Grundrechts aus Art. 8 GG unverhältnismäßig, wenn Gefahren für öffentliche Sicherheit und Ordnung durch Auflagen, wie örtliche und zeitliche Beschränkungen, hinreichend abgewehrt werden können. Bei geplantem Aufzug stellt sich Beschränkung auf stationäre Kundgebung uU als milderes Mittel zum Verbot dar.</p>	<p>OVG Lüneburg, 13.08.2010, NordÖR 2010, 416 =NVwZ-RR 2010, 889</p>
<p>Konzert rechtsextremistischer Skinheadbands dient typischerweise auch der Meinungsbildung und ist damit Versammlung im Sinne des Art. 8 GG. Auflösung auf Grundlage polizeilicher Generalklausel zur Abwehr nicht versammlungsspezifischer Gefahren (hier Brandgefahr) im Einzelfall zulässig, soweit konkrete Gefahren für elementare Rechtsgüter, wie Leib und Leben von Menschen, drohten.</p>	<p>VGH Mannheim, 12.07.2010, VBIBW 2010, 468 =DÖV 2010, 866 (Ls.) = DVBl 2010, 1254 (Ls.)</p>
<p>§ 15 I VersG erlaubt Auflagen für geplante Veranstaltung nur zur Vermeidung unmittelbar drohender, konkreter Gefährdungen, nicht aber zur allgemeinen Gefährdungsvorbeugung. Abwehr von Unfall- und Gesundheitsgefahren allgemeiner Art durch das Zusammentreffen einer Vielzahl von Personen obliegt nicht dem Veranstalter</p>	<p>VGH Kassel, 23.04.2010, NVwZ-RR 2010, 597</p>
<p>Polizeiliche Befugnis zur Straftatenverhütung oder -unterbindung setzt rechtswidrige Tat voraus, die Tatbestand eines Strafgesetzes erfüllt. Juristisch fehlerhafte Bewertung durch Polizei reicht zur Rechtfertigung von Vorfeldmaßnahmen nicht aus.</p>	<p>BayVGH 08.03.2010 DÖV 2010, 616 = BayVBl 2011, 109</p>
<p>Art. 8 GG (Ausgangsveranstaltung) verletzt, wenn Störungen gegen angemeldete Versammlung durch Gegendemonstranten nicht durch Einsatz geeigneter polizeilicher Mittel unterbunden werden, sondern stattdessen Einzelverfügungen nach Generalklausel gem. § 3 SächsPolG an Teilnehmer ergingen, mit dem Inhalt, das Beginn des Aufzuges nicht gestattet sei. Behördliche Maßnahmen sind bei friedlicher, schützenswerter Versammlung in erster Linie gegen Gegendemonstration zu richten, eine Ausnahme ist nur unter besonderen Voraussetzungen des polizeilichen Notstandes möglich; Pflicht zum Schutz der Versammlung erfordert Gefahrenprognose im Vorfeld und entsprechende Vorkehrungsmaßnahmen bzgl. zu erwartender Störungen</p>	<p>VG Dresden, 19.01.2010, SächsVBl 2011, 140</p>
<p>Geldentschädigung bei rechtswidriger Freiheitsentziehung durch Polizeieinsatzkräfte am Rande einer Großdemonstration (Wendland 2001)</p>	<p>BVerfG (K), 11.11.2009, EuGRZ 2009, 683 = NJW 2010, 433 = NJ 2010, 423</p>
<p>Abgrenzung § 27 StVO und Versammlungsrecht. Grundsätzliche Zulässigkeit von Versammlungen mittels Autokonvoi, der (nur) im Einzelfall beschränkt</p>	<p>BayVGH, 17.09.2009, NJW 2010, 792</p>

oder aufgelöst werden kann. Verfassungsrechtliche Zweifel an genereller Beschränkung in § 15 I BayVersG	
Rechtswidriges Versammlungsverbot für „Autonome Nationalisten“. Verbot nur zulässig wegen Tatsachen, die zu konkreter Versammlung in Bezug stehen. Gewalttätigkeiten in der Vergangenheit tragen Maßnahme nur, wenn besondere, von der Behörde bezeichnete Umstände die Annahme von Gewalt bei geplanter Versammlung rechtfertigen. Distanzierung des Veranstalters und Aufrufe zur Friedlichkeit müssen bei behördlicher Entscheidung berücksichtigt werden. Bedeutung der Veranstalterkooperation	BVerfG (K), 04.09.2009, NJW 2010, 141
§§ 9, 18 II VersG sind keine ausreichende Rechtsgrundlage für Verlangen der Versammlungsbehörde, personenbezogene Daten der Ordner mitzuteilen	VG Gießen, 30.07.2009, NVwZ-RR 2010, 18
Rechtmäßiges Verbot einer rechten Demonstration am 1.Mai 2009 wegen konkreter polizeilicher Erkenntnisse, dass nicht unerhebliche Anzahl gewaltbereiter rechtsextremer Demonstranten anreisen wird. Verbot mit Blick auf Gegendemonstrationen auch zulässig wegen polizeilichen Notstandes.	OVG Lüneburg, 27.04.2009, NordÖR 2009, 316 = NdsVBI 2009, 229
Für Erlass einer versammlungsrechtlichen Auflage nach § 15 I VersG zur Abwehr einer unmittelbaren Gefahr kann Verwaltungsgebühr erhoben werden	VGH Mannheim, 26.01.2009, NVwZ-RR 2009, 329
Rechtswidriges Verbot einer Versammlung, weil kein symbolträchtiger Platz im Sinne von § 15 II Nr. 1a BayVersG und auch keine Verherrlichung der nationalsozialistischen Gewalt- und Willkürherrschaft (§ 15 II Nr. 2 BayVersG) vorliegt. Meinungsfreiheit lässt Verbot wegen von der Allgemeinheit missbilligten Motiven, Auffassungen oder Gesinnungen nicht zu. Künftig mögliche Absichten der Veranstalter können keine unmittelbare Gefahr für öffentliche Sicherheit oder Ordnung begründen. Billigung des NS-Regime allein kann keine Vermutung der Herabwürdigung der Opfer begründen.	BayVGH, 28.11.2008, 10 Cs 08.3016 Juris
Rechtswidriges Verbot einer Versammlung nach BayVersG unter dem Motto „Ruhm und Ehre dem deutschen Soldaten“ weil Auflagen (Trommeln, Fackeln, schwarz-weiß-rote und schwarze Fahnen, Anzahl, Verbot des Liedes „Wenn alle untreu werden“ ausreichend.	BayVGH, 14.11.2008, 10 Cs 08.3140 Juris
Zum Gebrauch von Megaphonen und anderen Schallverstärkern. Untersagung nur nach Einzelfallprüfung und Abwägung mit kollidierenden Grundrechten	OVG Berlin-Brandenburg, 18.11.2008, NVwZ-RR 2009, 370
Unzulässiges Verbot einer Versammlung wegen des Mottos „Gegen einseitige Vergangenheitsbewältigung - Gedenkt der deutschen Opfer“ am Vortag der Reichspogromnacht	BVerfG, 07.11.2008 (K) DÖV 2009, 170 (Ls.)
§ 1 III FStrG steht Nutzung von Autobahnen für Versammlungen (mit Fahrrädern) nicht entgegen. Entscheidung (auch) über straßenrechtliche Zulässigkeit trifft Versammlungsbehörde (§ 15 I VersG).	VGH Kassel, 31.07.2008, DVBI 2008, 1322 = NJW 2009, 312
§ 12 VersG gewährt kein voraussetzungsloses Anwesenheitsrecht der Polizei bei Versammlungen. Voraussetzungen der Tonaufnahme.	BayVGH, 15.07.2008, DÖV 2008, 1006 = BayVBI 2009, 16, Anm. Riedel, ebd. S. 391
Verbot einer Versammlung (Gedenken an <i>Rudolf Hess</i>) zur Verhinderung von Straftaten nach § 130 IV StGB. Dieser ist allgemeines Gesetz und mit Art. 5 I GG vereinbar. (zu BayVGH, 26.03.2007)	BVerfG, 25.06.2008, DVBI 2008, 1248 = JZ 2008, 1102=NJW 2009, 98
Rechtmäßigkeit eines Versammlungsverbots durch Allgemeinverfügung (Castor November 2004)	OVG Lüneburg, 29.05.2008, NdsVBI. 2008, 283 = NordÖR 2008, 441
§ 15 I (Gefahr für öffentliche Ordnung) bietet keine Grundlage für inhaltliche Beschränkung von Meinungsäußerungen, sondern allenfalls mit	BVerfG, 19.12.2007 (K), NVwZ 2008, 671

Blick auf Art und Weise der Versammlung. Mit Blick auf Art. 5 II, 9 II, 18 und 21 II GG bestehen keine verfassungsimmanente Schranken, die Maßnahmen zum Schutz der freiheitlich demokratischen Grundordnung tragen könnten. Gemeinsames lautes Skandieren von Parolen ist grundsätzlich von Art. 8 GG geschützt. (Erfolgreiche Verfassungsbeschwerde nach Fortsetzungsfeststellungsklage.)	
Rechtswidriges Verbot einer Versammlung („Todesstrafe für Kinderschänder“). Der Inhalt einer Meinungsäußerung, der im Rahmen des Art. 5 GG nicht unterbunden werden darf, kann auch nicht zur Begründung von Maßnahmen herangezogen werden, die das Grundrecht des Art. 8 GG beschränken.	BVerfG, 01.12.2007, 1 BvR 3041/07
Kostenbescheid/Gebühr (hier: BayKostenG) für die Festsetzung versammlungsrechtlicher Auflagen ist Eingriff in Art. 8 GG. Ohne Vorliegen der Voraussetzungen nach § 15 I VersG ist Gebühr für Auflagenerteilung unzulässig.	BVerfG, 25.10.2007 NVwZ 2008, 414 =DVBl 2008, 802
Verbot einer „Heiß-Gedenkveranstaltung in Wunsiedel. Ungeklärte Verfassungsmäßigkeit des § 130 IV StGB	BVerfG, 13.08.2007, NVwZ-RR 2008, 73
Grenzen der Maßnahmen gegen Nichtstörer. Örtliche Versammlungsverlegung wegen polizeilichem Notstand in ein Industriegebiet. Ausgleich zwischen konkurrierenden Veranstaltungen am gleichen Ort (Schwerin).	BVerfG, 26.06.2007 (K), NVwZ-RR 2007, 641
Verbot des Sternmarsches zum G-8-Gipfel Heiligendamm am 7.6.2007 im Ergebnis wegen neuerer Ereignisse unter erheblicher Kritik der Behördenentscheidung und OVG Schwerin bestätigt. Grundrecht aus Art. 8 GG schützt Interesse des Veranstalters auf einen „Beachtungserfolg“ nach seinen Vorstellungen, ggf. in möglichst großer Nähe zu symbolhaltigem Ort. Offen bleibt, ob Ansehen der BRD Schutzgut iSv der öffentlichen Ordnung gem. § 15 I VersG ist. Empfindlichkeiten ausländischer Politiker können keine Beschränkungen begründen, wenn hierdurch Art. 5 I, 8 I GG beeinträchtigt werden. „Der verfassungsrechtliche Schutz von Machtkritik ist nicht auf Kritik an inländischen Machträgern begrenzt.“ Verfassungsrechtlich bedenklich ist Ausdehnung der Schutzzone und mangelnde Berücksichtigung berechtigter Belange im Sinne von Art. 8 GG.	BVerfG, 06.06.2007 NJW 2007, 2167 mit Anm. Battis/Grigoleit
Zulässige Verbot von Demonstrationen am Flughafen <i>Rostock-Laage</i> während G-8-Gipfel wegen mangelnder Sicherung des Geländes und Gefahr von Störungen des Flugbetriebs und der Anreise von Gipfelteilnehmer	BVerfG, 05.06.2007, NJW 2007, 2172
Zulässige Beschränkungen (Ort und Teilnehmerzahl) einer Mahnwache am Sicherheitszaun während G-8-Gipfel	BVerfG, 05.06.2007 NJW 2007, 2173
Versammlungsbeschränkungen aus Gründen der Beziehungen des Bundes zu auswärtigen Staaten und der Gefahrenvorsorge gegen gewalttätige Übergriffe und medizinische Rettungsmöglichkeiten (G-8-Gipfel Heiligendamm)	OVG Greifswald, 04.06.2007, 3 M 59/07 und 01.06.2007, 3 M 58/07 letzttere NordÖR 2007, 300
Rechtmäßiges Verbot einer Veranstaltung zum Gedenken an Rudolf Heß wegen befürchtetem Verstoß gegen § 130 IV StGB. Verfassungsmäßigkeit der Norm	BayVGH, 26.03.2007 BayVBl. 2008, 109
Unzulässige Nutzungsuntersagung nach Baurecht für eine Versammlung in geschlossenem Raum	OVG Greifswald, 02.02.2007, LKV 2008, 79
Rechtswidriges Verbot einer Versammlung an Heiligabend mit Blick auf Störung religiöser Gefühle. Mangelnde Kooperationsbereitschaft des Veranstalters kann Verbot nicht begründen, mangels Rechtspflicht desselben. Minderheitenrecht aus Art. 8 GG kann nicht mit Hinweis auf Vielzahl der von Versammlung betroffenen Bürger ausgehöhlt werden.	BVerfG, 22.12.2006, NVwZ 2007, 574

Teilweise Unzulässigkeit von Auflagen für Demonstration gegen „großen Zapfenstreich“ der Bundeswehr, der genehmigte straßenrechtliche Sondernutzung darstellte. Bundeswehr muss im öffentlichen Raum kritische Äußerungen ertragen, auch wenn angestrebte Würde und Feierlichkeit hierunter leidet; ihr steht Verwirklichung ohne Kritik auf Kasernengelände als Alternative frei.	VG Dresden, 11.10.2006, SächsVBl. 2007, 144 Anm. Vosgerau ebd. 128
Rehabilitationsinteresse bei Klage auf Feststellung der Rechtswidrigkeit (§ 113 I 4 VwGO) eines Versammlungsverbots seitens Anmelder einer „Heß-Gedenkdemo“	BVerwG, 04.10.2006, BayVBl 2007, 505
„Gedenkveranstaltung“ für Rudolf Heß ist faktisch mit Blick auf dessen Funktion als Stellvertreter Hitlers als Veranstaltung zumindest zur Billigung der NS-Herrschaft anzusehen. Dies ist auch Herabwürdigung der Opfer und kann nach Novelle StPO (§ 130 IV) und VersG untersagt werden (Wunsiedel)	BayVG 10.08.2006, BayVBl 2006, 760 S.a. BVerfG 14.08.2006 (ebd.)
Rechtswidrigkeit der Verlegung einer Versammlung an anderen Ort durch Auflage. „Echter“ und „unechter“ polizeilicher Notstand	VG Gera, 17.07.2006, ThürVBl. 2007, 89
Versammlungsverbot (Mahnwache) kann als Allgemeinverfügung gegen Vielzahl von Veranstaltern erlassen werden. Nicht unverhältnismäßig ist Beschränkung die verhindert, dass Demonstranten in emotionalisierende Nähe eines hochrangigen besonders gefährdeten Staatsgastes gelangen (US-Präsident). Außenpolitische Belange, die durch Demonstration gefährdet werden, haben erhebliches Gewicht bei Abwägung mit Art. 8 GG	OVG Greifswald, 12.07.2006, NordÖR 2006, 451
Unzulässigkeit eines Versammlungsverbotes, wenn Gefahr durch Verlegung der Route vermieden werden kann.	VG Weimar, 22.06.2005, ThürVBl. 2005, 212
Zulässigkeit einer Versammlungsverlegung an anderen Ort wegen Gegendemonstrationen	VG Weimar, 26.05.2005 ThürVBl. 2006, 17
Kein Feststellungsinteresse (§ 113 I VwGO) bei Versammlungsverbot wegen Wiederholungsgefahr, wenn Versammlungsbehörde verbindlich erklärt, an Rechtsauffassung zukünftig nicht mehr festzuhalten	BayVG 22.05.2006, BayVBl. 2007, 373
Art. 8 I GG steht der Erhebung von Gebühren für Auflagen nach § 15 I VersG nicht entgegen.	OVG Koblenz, 16.05.2006, NVwZ 2007, 236
Zulässigkeit einer Versammlungsbeschränkung (gegen NPD-Demonstration) bei Prognose eines polizeilichen Notstands (Gegendemonstration)	BVerfG, 10.05.2006, NVwZ 2006, 1049 Vorinstanz s.u.
Unzulässigkeit eines Versammlungsverbotes (NPD), wenn die von gewaltbereiten Gegendemonstranten zu erwartenden Gefahren durch Beschränkung der Erstversammlung auf stationäre Kundgebung und andere Auflagen erheblich verringert werden kann. Zulässigkeit von Beschränkungen bei Prognose eines polizeilichen Notstandes	OVG Lüneburg, 05.05.2006 NordÖR 2006, 310
Billigung oder Leugnung der rassistischen motivierten Ermordung der jüdischen Bevölkerung stellt Straftat (§ 130 StGB) dar, welche Rechtsgüter von erheblichem Gewicht beeinträchtigt. Daher kann Verbot einer Versammlung zulässig sein, bei der solche Straftaten im Einzelfall mit Blick auf Umstände zu befürchten sind	BVerfG 06.04.2006, NJW 2006, 815
Art. 8 GG gewährt Veranstalter das Recht, auch während eines behördlichen oder gerichtlichen Verfahrens sein Versammlungsanliegen noch zu konkretisieren.	BVerfG, 27.01.2006, NVwZ 2006, 586
Bloße zeitliche Nähe einer Demonstration zu Gedenktagen an Holocaust und Nazidiktatur (hier 28.1.2006) hat keine provokative Wirkung, die Verbot wegen Gefahr für öffentliche Ordnung rechtfertigt	BVerfG, 26.01.2006, DVBl 2006, 368 = NVwZ 2006, 585 Vorinstanz s.u.
Verbot einer rechten Demonstration am Tag nach dem Holocaust-Gedenktag wegen zeitlicher Nähe verletzt „Anstandsgefühl der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger“.	OVG Lüneburg, 24.01.2006, NordÖR 2006, 108
Zulässiges Verbot einer Demonstration (Fackelmarsch) in der Dunkelheit und zulässige Beschränkung von Ort und Zeit	BVerfG, 02.12.2005, EuGRZ 2006, 303

Zulässigkeit der örtlichen Verlegung einer Demonstration bei Konkurrenz stiller Gedenkfeier der israelitischen Gemeinde und einer rechten Demo, Störung öffentliche Ordnung, Ausgleich kollidierender Grundrechtspositionen	BayVGH, B. 08.11.2005 BayVBl. 2006, 185
Bildnis Abdullah Öcalans stellt vereinsrechtlich ein Kennzeichen der PKK dar, das nach § 20 I VereinsG nicht verwendet werden darf.	OVG Bremen, 25.10.2005 NordÖR 2006, 165
Zulässiges Verbot einer „Rudolf-Hess-Gedenkveranstaltung“ in Wunsiedel; mögliche Störung des öffentlichen Friedens (§ 130 IV StGB). Absehen von einsteiliger Anordnung, weil es sich um jährlich wiederholte Demo handelt.	BVerfG, 16.08.2005 NJW 2005, 3204 = DVBl 2005, 1262 Zum Tatbestand des § 130 IV StGB n.F.: BGH NJW 2005, 3223
Polizeiliche Auflösungsverfügung muss eindeutig und unmissverständlich formuliert sein und deren Bedeutung und Tragweite deutlich erkennen lassen	OLG Celle, 23.06.2005, NVwZ-RR 2006, 254
Rechtswidriges Verbot: Mangels fairer Kooperation und Verletzung der Neutralitätspflicht sowie der Beratungs- und Auskunftspflicht der Vers-Behörde (vgl. § 25 VwVfG). Verbot wegen Marschroute anstelle von Auflagen unzulässig	VG Weimar, 22.06.2005 ThürVBl. 2005, 212
Verlegung eines Veranstaltungsortes wegen befürchteter Übergriffe von Gegendemonstranten und wegen räumlicher Enge rechtmäßig. Abgrenzung Musikveranstaltung und Versammlung	VG Weimar, 26.05.2005 ThürVBl. 2006, 17
Rechtmäßiges Verbot einer „Nacktradelaktion“ wegen OWi nach § 118 OWiG	VG Karlsruhe, B. 02.06. 2005, NJW 2005, 3658
Auflagen gegen NPD-Demonstration am 8. Mai 2005 verfassungsrechtlich nicht zu beanstanden. Erstanmelderprivileg/Prioritätsgrundsatz gilt grundsätzlich nur, wenn Zweitmeldung auf Verhinderung der Erstanmeldung abzielt, sonst ist durch Auflagen praktische Konkordanz konkurrierender Rechtsgüter herzustellen	BVerfG 06.05.2005 NJW 2005, 1055 = DVBl 2005, 969 Anm. Sachs, JuS 2005, 1031
Rechtswidriges Verbot gegen rechte Demo. Störung des öffentlichen Friedens nach § 130 IV StGB setzt tatsächliche, konkrete Störung voraus (echtes Erfolgsdelikt. Versammlungsverbot zu deren Verhinderung nur zulässig, wenn konkrete Störung mit hinreichender Wahrscheinlichkeit unmittelbar bevorsteht.	BVerfG 16.04.2005 NJ 2005, 408
Gewaltsame Handlungen und Charakter einer Versammlung als verboten machen deren Auflösung nicht überflüssig; nach § 15 III VerSG a.F. sind auch verbotene Vers. aufzulösen, bevor polizeirechtliche Maßnahmen (hier: rechtswidriger Gewahrsam) zulässig sein können. Auch „Hektik und Gerenne“ macht Auflösung nicht unmöglich oder insbesondere überflüssig.	OLG Celle, 07.03.2005 NVwZ-RR 2005, 543
Art. 8 GG kennt kein „Erstanmelderprivileg“. Bei widerstreitenden Interessen muss Vers-Beh. Ausgleich durch Auflagen herbeiführen.	VG Meiningen 21.01.2005, ThürVBl. 2005, 191
Präventives Versammlungsverbot in Form einer Allgemeinverfügung (Castor-Transporte) im Einzelfall zulässig, weil geplante Blockaden Gefahr für öff. Sicherheit darstellten denen wegen ihres Ausmaßes aus Gründen des pol. Notstandes nicht begegnet werden kann	OVG Lüneburg, 06.11.2004, NdsVBl. 2005, 49 = NVwZ-RR 2004, 820
Versammlungsrechtlicher Schutz endet erst mit einer unmissverständlichen Verfügung zur Auflösung oder zum Ausschluss. Erst danach kommen polizeirechtliche Maßnahmen in Betracht. Unfriedlichkeit einer Versammlung erst bei Handlungen von einiger Gefährlichkeit durch aggressive Ausschreitungen gegen Personen oder Sachen oder sonstige Gewalttätigkeiten	BVerfG 26.10.2004, NVwZ 2005, 80
Aufhebung eines Versammlungsverbots zum Schutz der öffentlichen Ordnung (Synagogenbau II). Strafgesetze als Grenze des Inhalts von Meinungsäußerungen. Abgrenzung Art. 5 und Art. 8 GG bei Eingriffen in Versammlung, die sich auf die dort geäußerten Meinungen beziehen.	BVerfG, 23.06.2004, DVBl 2004, 1230 = NJW 2004, 2814

Öffentliche Ordnung ist keine Grundrechtsschranke mit Blick auf Meinungsfreiheit. Verfassungsunmittelbare Schranken der Meinungsfreiheit bedürfen der Konkretisierung durch Gesetz.	Anm. Sachs, JuS 2004, 1095; Battis/Grigoleit; NJW 2004, 3459
Versammlungsverbot weil Text des Versammlungsaufrufs gegen Synagogenbau durch aggressiven und hetzerischen Charakter gegenüber jüdischen Bürgern gegen den Straftatbestand der Volksverhetzung und damit Versammlungsdurchführung Gefahr für die öffentliche Sicherheit darstellt.	BVerfG, 12.03.2004, DVBl 2004, 697 = NVwZ 2004, 1111
Fortsetzungsfeststellungsinteresse im versammlungsrechtlichen Hauptsacheverfahren; Schutzanspruch aus Art. 19 IV GG	BVerfG, 03.03.2004, NJW 2004, 2510 = DVBl 2004, 822
Rechtmäßigkeit des „Mariannenplatz-Kessels“ und überlange Dauer von Gewahrsamnahmen. Zulässigkeit der Inanspruchnahme von Nichtstörern (Schaulustige) nach Berliner Polizeirecht bei Gewalttätigkeiten	AG Tiergarten 11.02.2004 NVwZ-RR 2005, 715
Verbot anlässlich NATO-Sicherheitstagung wegen unechten polizeilichen Notstands zulässig, weil Maßnahmen gegen gewaltbereite Personen unverhältnismäßig und zum Nachteil Dritter (Passanten, friedliche Demonstranten) nicht akzeptabel. Verzicht auf Kooperation mit Veranstalter zwecks Auflagen wegen Gewaltbereitschaft Dritter nicht zu beanstanden.	BayVGH, 13.01.2004 24 BV 03.1301 (Juris)
Räumlicher Kollision von Demonstration und Gegendemonstration mit Gefahrenlage i.S.v. § 15 I VersG kann durch Auflagen bewältigt werden. Insofern existiert kein Erstanmelderprivileg	OVG Koblenz, 21.11.2003, NVwZ-RR 2004, 848
Vorbeugende Verpflichtung die Redner einer Versammlung zu benennen ist rechtswidrig, wenn keine konkreten Anhaltspunkte für Gefährdung i.S.v. § 15 I VersG vorliegen (Verbot einer Versammlung an/auf Gedenkstätte/Friedhof für Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft). Einschüchterungswirkung von Fackeln, Trommeln etc. bei „Heldengedankmarsch“.	OVG Frankfurt/O, 14.11.2003, NVwZ-RR 2004, 844
Erwartung, auf einer Versammlung werde NS-Gedankengut verbreitet, rechtfertigt kein Verbot. Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung ist durch Auflagen zu begegnen. Gefahren für öff. Ordnung allein können Verbot im Allgemeinen nicht rechtfertigen. Gefahr meinungsbezogener Straftaten ist durch Auflagen entgegenzutreten.	BVerfG, 05.09.2003 in NVwZ 2004, 90 = DVBl 2004, 235, Anm. Sachs JuS 2004, 243
Unzulässiges Verbot einer Versammlung gegen Irak-Krieg. Ein mehrheitlich von der öffentlichen Hand betriebenes Unternehmen (hier: Flughafen Frankfurt) unterliegt der Grundrechtsbindung aus Art. 8 I GG	VGH Kassel, 14.03.2003, NVwZ 2003, 874, Anm. Mikešić, NVwZ 2004, 788
Auflösung einer/s öffentlichen Versammlung/Aufzugs kann nicht konkludent, etwa durch Polizeikette oder Absperrgitter oder Schlagwerkzeuge, verfügt werden	OVG Berlin, 17.12.2002, NJ 2003, 387
Kein Versammlungsverbot wegen Beeinträchtigung des verkaufsoffenen Adventssamstags; allenfalls Beschränkungen zu Zeit und Wegstrecke. Eine über §14 VersG hinausgehende Kooperationspflicht des Veranstalters besteht nicht.	VG Berlin, 13.12.2002 (VG 1 A 374.2002), Anm. Arzt, Polizei-heute 2002, 93
Verbot einer Versammlung wegen FeiertagsG Bbg nicht offensichtlich rechtsfehlerhaft. Auflagen kommen mit Blick auf Ort, Motto, Erscheinungsbild und Zeitpunkt nicht in Betracht. Mögliche Gefahr für öffentliche Ordnung daher nicht entscheidungsrelevant.	BVerfG, 16.11.2002, NVwZ 2003, 601 Vorinstanz s.u.
Zulässiges Verbot einer Versammlung auf einem Friedhof („Ruhm und Ehre den deutschen Frontsoldaten“) wegen Verstoß gegen FeiertagsG Bbg. Mit Blick auf die Stille des Gedenkens auf Friedhof auch Gefahr für öff. Ordnung	OVG Frankfurt/O, 15.11.2002, NVwZ 2003, 623 (s.a. BVerfG, 16.11.2002)
Anforderungen an Verbot wegen vermeintlicher Volksverhetzung (§ 130 StGB)	OVG Frankfurt/O, 13.09.2002, LKV 2003, 102

Rechtswidriges Verbot einer NPD-Kundgebung. Redeverbot, polizeilicher Notstand und Gegendemonstration, Zweckveranlasser, Kooperationspflicht, Vorrang der Auflage vor Verbot.	VG Freiburg, 04.09.2002, VBIBW 2002, 497 (s.a. VGH BW VBIBW 2002, 383)
Rechtswidriges Verbot einer Rudolf-Heß-Gedenkveranstaltung	BayVGH, 16.08.2002, BayVBl. 2003, 52
Unzulässige Auflösung eines Skinhead-Konzerts. Auch Musikveranstaltungen können von Art. 8 GG geschützt sein, soweit Einwirkung auf öffentliche Meinungsbildung beabsichtigt. Andernfalls Auflösung nach polizeilicher Generalklausel möglich (hier verneint, weil Verstoß gegen § 20 I VereinsG nicht eindeutig belegt).	VG Hamburg, 11.06.2002, NordÖR 2002, 471
Zulässiges Verbot einer Versammlung im Sicherheitsbereich anlässlich Besuch des amerikanischen Präsidenten in Berlin	VG Berlin, 22.05.2002 – 1 A 141.02 –, bestätigt: OVG Berlin 23.05.2002 – 1 S 29.02 –
Erhebung von Kosten für Auflagen nach § 15 VersG u.U. mit Art. 8 GG vereinbar, soweit hierdurch nicht Grundrecht beschränkt oder ausgehöhlt wird	BayVGH, 14.04.2002, DÖV 2002, 785
Anforderungen an Gefahrenprognose und Verbot, Kooperationspflicht	OVG Weimar, 12.04.2002, NJ 2003, 105 = NVwZ-RR 2003, 207
Aus dem Auftritt eines Redners resultierende Gefahren können Auflage, nicht aber Verbot rechtfertigen.	BVerfG, 11.04.2002, NVwZ-RR 2002, 500 = DVBl 2002, 970
Verkehrsbeeinträchtigungen sind versammlungsimmanent, können aber Auflagen i.S.d. praktischen Konkordanz begründen. Ausführlich zu weiteren Auflagen/Verboten, z.B. Fahnen, Redeverbot, Kleidung mit Aufschrift 14, „Wir-sind-wieder-da-Parole, Dauer der Auftaktkundgebung etc.	OVG Bautzen, 04.04.2002, SächsVBl 2002, 218
Soweit sich eine Auflage auch auf den Inhalt einer Aussage bezieht, ist sie auch an Art. 5 I, II GG zu messen. Rechtsextremistische Argumentation kann Schutz aus Art 5 I GG nicht beseitigen, so lange nicht Strafbarkeitsgrenze überschritten ist. Verbot schwarzer Fahnen allein wegen Erinnerung an NS-Aufmärsche nicht gerechtfertigt	BVerfG, 29.03.2002, NVwZ 2002, 983
Gefahrenprognose muss durch tatsächliche Grundlagen ausgewiesen sein und Unfriedlichkeit oder Straftaten gegen den demokratischen Rechtsstaat, öffentliche Ordnung, körperliche Unversehrtheit oder persönliche Ehre erwarten lassen. Provokatives und aggressives kollektives Verhalten kann unter besonderen Umständen auch öffentliche Ordnung gefährden. Verbreitung politischer Meinungen kann Verbot indes nicht rechtfertigen.	OVG Weimar, 13.02.2002, ThürVBl 2002, 213
Kooperation des Veranstalters ist keine Rechtspflicht; Verweigerung allein keine Grundlage für rechtlich nachteilige Wertung	BVerfG, 01.03.2002, NVwZ-RR 2002, 982
Unmittelbare Gefährdung i.S.v. § 15 I VersG fordert Prognose, dass auf Grund tatsächlicher Umstände der Eintritt der Gefahr sofort und nahezu mit Gewissheit zu erwarten ist.	VG Stuttgart, 01.03.2002, VBIBW 2002, 352
Verbot einer Versammlung wegen Gefahr des Zeigens verbotener Zeichen/Symbole („Sauerländer Aktionsfront“). Neonazistisches Gepräge kann Verbot wegen Gefahr für öffentliche Ordnung tragen	OVG Münster, 10.08.2001, DVBl 2001, 1625; bestätigt: BVerfG, 10.08.2001, DVBl 2001, 1585,
Verfassungsrechtliche Behandlung der Verbote von Neo-Nazi-Demonstrationen. Zum Verbot einer für den 30.6.2001 angemeldeten Neonazi-Demonstration	OVG Münster, 29.06.2001, NJW 2001, 2986 = DVBl 2001, 1624
Verbot einer Versammlung der NPD. Nach Art. 21 II Satz 2 GG entscheidet über die Verfassungswidrigkeit einer Partei das BVerfG. Nicht bloße	BVerfG 01.05.2001, DVBl 2001, 1134

<p>Zuständigkeitsregelung, sondern - in Verbindung mit Art. 21 I GG - Privilegierung der politischen Parteien gegenüber den übrigen Vereinigungen und Verbänden. Entscheidungsmonopol des BVerfG schließt administratives Einschreiten gegen den Bestand einer politischen Partei schlechthin aus, mag sie sich gegenüber der freiheitlichen demokratischen Grundordnung noch so feindlich verhalten. Die Partei kann zwar politisch bekämpft werden. Sie soll aber in ihrer politischen Aktivität von jeder rechtlichen Behinderung frei sein, soweit sie mit allgemein erlaubten Mitteln arbeitet. Grundgesetz nimmt die Gefahr, die in der Tätigkeit einer Partei bis zur Feststellung ihrer Verfassungswidrigkeit besteht, um der politischen Freiheit willen in Kauf. Folglich ist es ausgeschlossen, die Grundrechtsausübung der NPD allein mit Rücksicht darauf zu unterbinden, dass die von ihr vertretenen Inhalte vom Bundestag, vom Bundesrat, von der Bundesregierung, von einer Verwaltungsbehörde oder von einem Gericht als verfassungswidrig eingeschätzt werden oder dass ein Verbotsverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht anhängig ist. Ein Versammlungsverbot kann daher nicht auf die Annahme gestützt werden, dass die von der NPD typischerweise vertretenen Inhalte der freiheitlichen demokratischen Grundordnung widersprechen.</p>	<p>= NJW 2001, 2076</p> <p>Durch diesen Beschluss wurde das Verbot des OVG Münster, 30.4.2001 – 5 B 585/01 (DVBl 2001, 1160 = NJW 2001, 2076) – aufgehoben,</p> <p>Anm. von Sachs, JuS 2001, 1118</p>
<p>Versammlungsverbot nach § 15 VersG setzt voraus, dass nach den zurzeit des Erlasses der Verfügung erkennbaren Umständen die öffentliche Sicherheit oder Ordnung bei Durchführung der Versammlung unmittelbar gefährdet ist. Erforderlich sind hinreichende tatsächliche Anhaltspunkte. Dass eine Gefahr nicht ausgeschlossen werden kann oder für den Fall des Eintritts eines noch ungewissen Ereignisses befürchtet wird, reicht nicht. Veranstalter trifft nur Obliegenheit und nicht etwa Rechtspflicht zur Kooperation mit der Behörde. Eine Kooperation des Veranstalters mit der Versammlungsbehörde kann allerdings dazu führen, dass die Schwelle für behördliches Eingreifen wegen einer Gefährdung der öffentlichen Sicherheit höher rückt.</p>	<p>BVerfG 01.05.2001 DVBl 2001, 1132 = NJW 2001, 2078</p>
<p>Versammlungsverbot an Ostern wegen Verstoßes gegen die öffentliche Ordnung (Charakter des Osterfestes) ist unzulässig. Gefährdung der öffentlichen Ordnung wegen „Missachtung des Osterfestes“ ab 12 Uhr trägt Versammlungsverbot nicht. Gesetz über die Sonn- und Feiertage NRW untersagt nur Umzüge an Feiertagen bis 11 Uhr. Zeitlich später liegende Veranstaltungen können nicht allein wegen des Feiertages als gegen die öffentliche Ordnung verstoßend gewertet werden. Allein Hinweis auf zurückliegende Straftaten des Antragstellers trägt nicht die Prognose, es werde erneut zu solchen kommen. Strafrechtlich nicht relevante Äußerungen sind durch das Grundrecht der Meinungsfreiheit (Art. 5 GG) geschützt. Eine Versammlung kann nicht schon deshalb, weil politisch missliebige Meinungen geäußert werden, wegen Verstoßes gegen die öffentliche Ordnung verboten werden. Art.5 GG ist auch Maßstab für die Beurteilung von Meinungen, die grundlegenden sozialen und ethische Anschauungen einer Vielzahl von Menschen widerstreiten.</p>	<p>BVerfG, 12.04.2001 NJW 2001, 1409, NJW 2001, 2075</p>
<p>Versammlungsverbot zu Ostern ist unter Bezugnahme auf die öffentliche Ordnung pauschal nicht gerechtfertigt</p>	<p>BVerfG, 12.04.2001, NJW 2001, 2076</p>
<p>„Herren im eigenen Land“: Beurteilung rechtlicher Grenzen im Hinblick auf die Art der Kundgabe und Erörterung in Form einer Versammlung erfolgt nicht am Maßstab der Meinungsfreiheit, sondern am Maßstab der Versammlungsfreiheit des Art. 8 GG. Anwendung des Begriffs der öffentlichen Ordnung im Bereich von Versammlungen muss berücksichtigen, dass Art. 8 GG auch Minderheitenschutzrecht enthält; besonders problematisch, Versammlung und Verhalten der Versammlungsteilnehmer vorrangig an den sozialen Anschauungen der Mehrheit zu messen. Darüber hinaus ist im Rahmen verfassungskonformer Gesetzesanwendung sicherzustellen, dass Verbote von Versammlungen im</p>	<p>BVerfG, 07.04.2001, NJW 2001, 2072</p>

<p>Wesentlichen nur zur Abwehr von Gefahren für elementare Rechtsgüter in Betracht kommen. Schutz wird regelmäßig in der positiven Rechtsordnung und damit im Rahmen des Schutzes der öffentlichen Sicherheit verwirklicht. Bloße Gefährdung der öffentlichen Ordnung rechtfertigt im Allgemeinen ein Versammlungsverbot nicht. Sonstige Beschränkungen der Versammlungsfreiheit kommen in Betracht, wenn von der Art des gemeinschaftlichen Zusammenwirkens der Versammlungsteilnehmer eine Gefahr für die öffentliche Ordnung ausgeht, etwa wenn auf Grund provokativer oder sonst wie aggressiver Vorgehensweisen Einschüchterungseffekt sowie Klima der Gewaltdemonstration und potentieller Gewaltbereitschaft erzeugt wird. In solchen Fällen liegt die Gefahr für die öffentliche Ordnung an der Grenzlinie zu einer Gefahr für die öffentliche Sicherheit.</p>	
<p>Zulässigkeit eines Versammlungsverbotes aufgrund einer Allgemeinverfügung entlang des Transportweges und der Umladestation für abgebrannte atomare Brennelemente.</p>	<p>BVerfG, 26.03.2001 , NJW 2001, 1411 = DVBl 2001, 797</p>
<p>Äußerung, die nach Art. 5 II GG nicht unterbunden werden darf, kann auch nicht Anlass für beschränkende Maßnahmen nach Art. 8 II GG sein. Bürger sind frei, auch grundlegende Wertungen der Verfassung in Frage zu stellen, solange sie dadurch nicht Rechtsgüter anderer gefährden. Art. 8 GG schützt Aufzüge, nicht aber Aufmärsche mit paramilitärischen oder sonst wie einschüchternden Begleitumständen.</p>	<p>BVerfG, 24.03.2001 NJW 2001, 2069 = DVBl 2001, 899 Aufhebung OVG Münster, NJW 2001, 2111</p>
<p>Präventiv-polizeilicher Einkesselung einer öffentlichen Versammlung i.S.d. Art. 8 I GG, § 1 I VersG ist rechtswidrig, wenn die Versammlung nicht zuvor nach dem Versammlungsgesetz aufgelöst worden ist. Einkesselung einer Versammlung zum Zwecke der Identitätsfeststellung gemäß § 163 b StPO mit Blick auf verfassungsrechtlich geschützte Versammlungsfreiheit und Grundsatz der Verhältnismäßigkeit nur in besonders gelagerten Ausnahmefällen zulässig.</p>	<p>OVG Münster, 02.03.2001 DVBl 2001, 839 = DÖV 2001, 651</p>
<p>Überprüfung versammlungsrechtlicher Auflagen - Zur Rechtmäßigkeit von Auflagen bei einer rechtsextremistischen Demonstration.</p>	<p>OVG Münster, 09.02.2001 NJW 2001, 1441</p>
<p>Der Auflagenbescheid nach § 15 II VersG hat Konzentrationswirkung, in ihm sind alle evtl. entgegenstehenden Belange wie etwa Überschreiten der Grenzwerte der TA Lärm zu beachten. ("Nachtanzdemo")</p>	<p>VG Frankfurt, 28.02.2001, NJW 2001, 1741</p>
<p>Öffentliche Ordnung scheidet nicht grundsätzlich für Einschränkung von Versammlungen aus. Verbot von Aufzügen oder Versammlungen nach § 15 VersG nur zum Schutz von Rechtsgütern, die der Bedeutung des Grundrechts aus Art. 8 I GG zumindest gleichwertig sind, unter Wahrung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit und nur bei unmittelbarer Gefährdung dieser Rechtsgüter erfolgen. Bloße Gefährdung der öffentlichen Ordnung, rechtfertigt im Allgemeinen ein Versammlungsverbot nicht. Öffentliche Ordnung kann betroffen sein, wenn einem bestimmten Tag (Holocaust-Gedenktag, Jahrestag der Befreiung des KZ Auschwitz) ein in der Gesellschaft eindeutiger Sinngehalt mit gewichtiger Symbolkraft zukommt, der bei der Durchführung eines Aufzugs an diesem Tag in einer Weise angegriffen wird, dass dadurch zugleich grundlegende soziale oder ethische Anschauungen in erheblicher Weise verletzt werden.</p>	<p>BVerfG, 26.01.2001 DVBl 2001, 558 = NJW 2001, 1409, Anm. Enders, JZ 2001, 651 und von Sachs, JuS 2001, 811</p>
<p>Veranstalter hat das Recht, selbst über Zeit, Ort und Gestaltung einer Versammlung zu bestimmen. Ist Verbot der Versammlung auf unmittelbare Gefahr für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung gestützt (§ 15 VersG), setzt Gefahrenprognose tatsächliche Anhaltspunkte voraus, die bei verständiger Würdigung hinreichende Wahrscheinlichkeit des Gefahreneintritts ergeben. Bloße Verdachtsmomente und Vermutungen reichen für sich allein nicht aus. Bei Beurteilung des Inhalts und Gegenstandes einer Versammlung ist zunächst vom Selbstbestimmungsrecht des Veranstalters über Art und Inhalt der Versammlung auszugehen. Es ist Aufgabe der Behörde, die wechselseitigen</p>	<p>BVerfG, 26.01.2001 NJW 2001, 1407</p>

Interessen unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit zum Ausgleich zu bringen. Bewertung der gegenläufigen Interessen und ihrer Abwägung mit dem Versammlungsinteresse liegt bei der Behörde. Veranstalter einer Versammlung kann seine Vorstellungen im Zuge einer Kooperation mit der Versammlungsbehörde einbringen. Kooperation kann dazu führen, dass Schwelle für behördliches Eingreifen wegen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung höher rückt. In umgekehrter Richtung kann sich Verweigerung der Kooperation auswirken, die aber allein Maßnahmen nicht rechtfertigt.	
Die Auflage, eine Versammlung nur stationär durchzuführen, lässt das Demonstrationsrecht unberührt.	BVerfG, 12.01.2001, NVwZ-RR 2001, 353
Verbot einer Versammlung und Rednerverbot.	OVG Greifswald, 12.01.2001, NVwZ-RR 2001, 444
Steht zu erwarten, dass bei Versammlung Personen, die dort maßgebliche Funktionen innehaben, Kennzeichen tragen, die jedenfalls an die Symbolik des Nationalsozialismus anknüpfen, kann im Einzelfall Verbot gerechtfertigt sein.	OVG Bautzen, 2001.12.2000, NVwZ-RR 2001, 443
Rechtsfigur des sog. Zweckveranlassers kann in einer Situation versammlungsrechtlicher Konfrontation von Versammlung und Gegendemonstration regelmäßig nicht zur Anwendung kommen. Mit Art. 8 GG wäre es dabei nicht zu vereinbaren, dass bereits mit der Anmeldung einer oder mehrerer Gegendemonstrationen erreicht werden kann, dass dem Veranstalter der zuerst angemeldeten Versammlung auf Dauer die Möglichkeit genommen wird, sein Demonstrationsanliegen zu verwirklichen.	VG Hamburg, 06.10.2000, NJW 2001, 2115
Annahme einer "Tarnveranstaltung" kann nur dann Grundlage für Versammlungsverbot sein, wenn Behörde konkrete, auf diese Versammlung bezogene Indizien für Tarnabsicht hat. Dabei muss Selbstbestimmungsrecht über Art und Inhalt der Veranstaltung berücksichtigt werden. Beweislast für Tarnung liegt bei der Behörde.	BVerfG, 18.08.2000, NJW 2000, 3053
Grenzt sich der Anmelder einer Versammlung oder sein Anhang nicht eindeutig von einem wahrscheinlich unfriedlichen Verlauf einer angemeldeten Versammlung ab, so kann dieser Umstand zu einem Verbot der Versammlung führen	VG Weimar, 04.08.2000, NPA 891 zu § 15 VersG, Bl. 95
Liegen Tatsachen dafür vor, dass die unmittelbare Gefahr von Gewalttätigkeiten aus der Versammlung heraus besteht, rechtfertigt dies die sofortige Vollziehung der Untersagungsverfügung. Es ist dann Sache des Veranstalters/Versammlungsleiters öffentlich deutliche und nachweisbare Signale zu setzen, die auf eine Gewaltfreiheit der Versammlung gerichtet sind und die Annahme der Versammlungsbehörde erschüttern.	BVerfG 14.07.2000 (K), DVBl 2000, 1593
Versammlungsvollverbot darf nicht im Wesentlichen auf die aufgeheizte Stimmung, allgemeine Erkenntnisse des Verfassungsschutzes sowie auf Straftaten gestützt werden, die in der Vergangenheit bei Demonstration von Angehörigen der rechtsextremen Szene begangen wurden. Soweit die Prognose, es werde bei der Versammlung zu Straftaten kommen, auf die angenommene Unzuverlässigkeit des Versammlungsleiters gestützt wird, muss diese Annahme auf Tatsachen beruhen und objektiv nachvollziehbar sein. Die befürchtete Gefährdung der öffentlichen Ordnung darf nicht mit einer generell einschüchternden Wirkung oder dem historisch belasteten Datum der Versammlung begründet werden, sondern ist durch konkrete Tatsachenfeststellungen zu belegen. Vor der Verhängung eines Verbots ist im Rahmen der Verhältnismäßigkeit zu prüfen, ob die prognostizierte Gefährdung der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung nicht durch beschränkende Verfügungen auszuschließen ist.	BVerfG, 21.04.2000, DVBl 2000, 1121-1122 = NVwZ-RR 2000, 554-555

Einüben von polizeiwidrigen Handlungen mittels Rollenspiel (hier Probedblockade) kann seinerseits bereits eine unmittelbare Gefahr für die öffentliche Sicherheit (hier: rechtsstaatliche Friedensordnung) sein, die zu Auflagen ermächtigt. Art. 8 GG rechtfertigt grundsätzlich keinen Eingriff in das Privateigentum.	VGH Mannheim, 19.02.2000, NVwZ 2000, 1201
Rechtswidrigkeit polizeilicher Maßnahmen gegen Mahnwache, zum Schutz eines Staatsgastes vor kritischen Meinungen und Kundgebungen	VG München, 21.01.1999, NVwZ 2000, 461
Auflage an den Veranstalter einer Versammlung, keine Fahnenstangen zu verwenden, die länger als 1, 50 Meter sind, ist im Hinblick auf die damit verbundene Einschränkung der Wahrnehmbarkeit der Meinungskundgabe nur dann rechtmäßig, wenn konkrete Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass längere Fahnenstangen als Waffen eingesetzt werden oder sonst die öffentliche Sicherheit unmittelbar gefährden. Dies gilt insbes. bei Versammlungen einer politischen Partei im Wahlkampf. Verwendung von Trommeln bei der Versammlung einer politischen Partei kann durch Auflage untersagt werden, wenn sie nicht zur Erzielung von Aufmerksamkeit dient, sondern die Einschüchterung anderer Personen zur Folge hat. Ob letzteres der Fall ist, muss unter Berücksichtigung der konkreten Umstände des Einzelfalls festgestellt werden. Einschüchterungseffekt kann etwa dann eintreten, wenn mit den Trommeln Takt geschlagen wird und die Versammlungsteilnehmer im Gleichschritt marschieren und dadurch die Versammlung ein paramilitärisches Gepräge erhält.	OVG Weimar, 03.09.1999 DÖV 2000, 258 (Auszug)
Das - vorbeugende - Verbot der Versammlung einer politischen Partei in Wahlkampfzeiten unterliegt erhöhten Anforderungen. Für politische Bewertung einer nicht verbotenen Partei ist bei der Gefahrenprognose nach § 15 VersG nur insoweit Raum, als sich daraus zugleich Anhaltspunkte für eine Gefährdung wichtiger - der Grundrechtsausübung nach Art. 8 GG gleichwertiger - Rechtsgüter ergeben.	OVG Weimar, 13.08.1999 DÖV 2000, 258
Konkrete Gefahr des Verwendens von Symbolen oder Emblemen eines verbotenen Vereins / einer verbotenen Partei bei einer öffentlichen Versammlung (hier: Kurden - Demonstration) kann ein Versammlungsverbot rechtfertigen. Versammlungsleiter/Veranstalter bietet grundsätzlich keine Gewähr für die ordnungsgemäße Durchführung einer Versammlung, wenn er, obwohl er die konkrete Gefahr eines des Verstoßes gegen das Vereinsgesetz in der Versammlung kennt oder kennen müsste, keine nachweisbaren organisatorischen Vorkehrungen und Maßnahmen zur Eindämmung dieser Gefahr trifft.	VGH Mannheim, 18.06.1999 DÖV 2000, 258
Zu den Voraussetzungen für ein Verbot einer nichtöffentlichen Versammlung unter den Voraussetzungen des polizeilichen Notstandes (NPD-Parteitag)	BVerwG, 23.03.1999 DVBl 1999, 1740 = NVwZ 1999, 991
Rechtswidrige Ingewahrsamnahme von Teilnehmern einer aufgelösten Versammlung - Feststellung der Identität umfasst nicht auch die Feststellung, ob die Personen evt. gesucht werden - die Verhinderung der Fortsetzung einer Straftat (Zeigen von verbotenen Symbolen) rechtfertigt nicht das Festhalten der Personen, sondern allenfalls die Sicherstellung der Symbole -	VG Hannover, 01.03.1999, NVwZ-RR 1999, 578
Berliner Kessel - Entziehen sich Teilnehmer einer verbotenen und aufgelösten Versammlung der Zerstreuung durch ein Ausweichen vor den Polizeikräften, so kann eine Einschließung gerechtfertigt sein. (Aussagen zur Durchsetzung einer Auflösungsverfügung bei verbotener Versammlung; Übermaß bei Ingewahrsamnahme - Durchlass-Stellen)	KG Berlin, 29.01.1999, NVwZ 2000, 468
Voraussetzungen für Verbot einer Versammlung beruhen auf Prognose. Bei der Folgenabwägung kann deshalb nicht gänzlich von der Art der befürchteten Gefahren und dem Grad der Eintrittswahrscheinlichkeit abgesehen werden. Prognose darf sich dabei nicht allein auf die angenommene Unzuverlässigkeit des Versammlungsleiters stützen. Vielmehr müssen sich Tatsachen auf die angemeldete Versammlung selbst	BVerfG , 25.07.1998, NJW 1998, 3611

beziehen. Die Behinderung einer nicht im Bundestag vertretenen Partei stellt wegen der Wettbewerbsnachteile und des öffentlichen Interesses an einem unverzerrten Parteienwettbewerb stets eine schwere Einbuße dar. Dies kann dazu führen, dass im Einzelfall die Gefahr der Begehung von Straftaten gem. §§ 85, 86, 86 a, 125 und 131 StGB hinzunehmen ist. Die Bewertung der politischen Ziele einer Partei ist solange nicht Sache der Versammlungsbehörden, als die Partei nicht nach Art. 21 II GG vom BVerfG verboten worden ist.	
Verhältnismäßigkeit einer Auflage, eine Demonstration über eine andere als die vom Veranstalter in der Anmeldung beantragte Wegstrecke zu führen, hängt von konkreten Umständen des Einzelfalls ab. Dabei kommt es auf den von den Antragstellern konkret beabsichtigten Beachtungserfolg nicht an. Erst dann unverhältnismäßig, wenn sie dazu führt, dass die beabsichtigte Öffentlichkeitswirkung nicht erreicht werden kann (z.B. Verlegung in unbewohnte Stadtteile oder landwirtschaftlich genutzte Gebiete).	OVG Weimar, 13.03.1998, DVBl 1998, 849
Polizeiliche Maßnahmen gegen die Teilnehmer einer öffentlichen Versammlung im geschlossenen Raum können grundsätzlich nur auf Grundlage des VersG getroffen werden, § 13 VersG ist abschließende Regelung. Rückgriff auf andere Eingriffsbefugnis nur bei Gefahren, die Ursache nicht in Versammlung selbst haben.	VGH Mannheim, 26.01.1998, NVwZ 1998, 761 DVBl 1998, 837
Verbot einer Versammlung in geschlossenen Räumen. Öffentlichkeit einer Versammlung bestimmt sich danach, ob sie einen abgeschlossenen oder einen individuell nicht abgegrenzten Personenkreis erfasst. Einladungen nur an einen bestimmten Personenkreis führen zur Nichtöffentlichkeit der Versammlung. Stellt Veranstalter hingegen nicht sicher, dass nur die eingeladenen Personen Zutritt zu der Versammlung haben - man also „unter sich“ bleibt -, liegt öffentliche Versammlung vor. Geselliges Beisammensein von Parteitagsdelegierten und geladenen Gästen in engem Zusammenhang mit einem Parteitag ist Versammlung i. S. des VersG. Ob diese Versammlung öffentlich oder nichtöffentlich ist, bestimmt sich danach, ob gewährleistet ist, dass man „unter sich“ bleibt. Dürfen Einladungen frei kopiert und weitergegeben werden, ist Versammlung öffentlich. Anforderungen an die Tatsachenfeststellung und die Prognoseentscheidung der Behörde im Rahmen des § 5 Nr. 4 VersG für ein Verbot einer Versammlung in geschlossenen Räumen sind jedenfalls nicht geringer als diejenigen gem. § 15 I VersG. Ein zum Einschreiten berechtigender Sachverhalt liegt demzufolge erst dann vor, wenn der Eintritt eines Schadens fast mit Gewissheit zu erwarten ist.	OVG Weimar, 29.08.1997, DÖV 1998, 123 = DVBl 1998, 104 = NVwZ-RR 1998, 497
Zu den Anforderungen an eine unmittelbare Gefährdung der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung, wenn die Gefahr besteht, dass die Versammlung von extremistischen Dritten zu strafbaren Handlungen oder Äußerungen missbraucht wird und zum Erfordernis der vorherigen Anhörung gem. § 28 VwVfG	OVG Weimar, 09.08.1996, DVBl 1996, 1446 = NJ 1997, 102 (mit Anm. Kiesel) = NVwZ-RR 1997, 287
Verbot der Chaos-Tage nach § 15 VersG	VG Hannover, 30.07.1996, NVwZ-RR 1997, 622
Münchener Kessel - Zur Frage der Rechtmäßigkeit einer kollektiven Einkesselung von Versammlungsteilnehmern anlässlich des Weltwirtschaftsgipfels im Juli 1992. Schutz des Art. 8 GG endet dort, wo es um Verhinderung einer Versammlung geht. Unmittelbar versammlungsbezogene Eingriffe können nicht auf Generalklausel des allgemeinen Polizeirechts gestützt werden; VersG ist abschließend.	OLG München, 20.06.1996, NJW-RR 1997, 279
Verbot einer NPD-Versammlung Versammlungsverbot gegen Nichtstörer	OVG Bautzen, 10.02.1995, NVwZ-RR 1995, 444
Versammlungsverbot wegen Gefahr volksverhetzender Äußerungen zulässig	VGH Mannheim, 03.09.1994, NVwZ 95, 504 = DVBl 95, 363

Versammlungsverbot wegen Gefahr volksverhetzender Äußerungen möglich	VGH Mannheim, 22.01.1994, NVwZ-RR 1994, 393
Versammlungsverbot für „Cannabis-Weekend“	VGH Kassel, 22.04.1994, NVwZ 1994, 717
Besteht bei einer Kundgebung aus Anlass des Todestages von Rudolf Heß die konkrete Gefahr, dass der Nationalsozialismus verherrlicht und/oder verharmlost wird, kann es im Einzelfall gerechtfertigt sein, die Versammlung wegen Verstoßes gegen die öffentliche Ordnung zu verbieten.	BayVGH, 26.11.1992, BayVBl 1993, 658 und VGH Mannheim, 12.8.1994, MDR 1995, 108
Verbot einer Hess-Gedenkkundgebung	BVerfG, 15.08.1991, Bestätigung zu VGH München, 12.8.1991, NVwZ 1992, 54 und 76
Mainzer Kessel - Zur Rechtswidrigkeit der polizeilichen Einkesselung	VG Mainz, 25.09.1990, NVwZ-RR 1991, 242
ED-Behandlung in einer Versammlung - Schadenersatz wegen fehlender Auflösungsverfügung (Teilnehmer wurden ohne vorausgegangene Auflösungsverfügung mit zur Dienststelle genommen)	LG Göttingen, 30.01.1990, NJW 1991, 236
Verbot einer Versammlung in öffentlicher Anlage (allgemeiner Widmungszweck) unzulässig	VGH Kassel, 17.11.1989, NVwZ-RR 1990, 307
Rechtswidrige Einkesselung (Berliner Kessel). Zur Beachtung des Art. 8 GG auch im Umfeld aufgelöster Versammlung	VG Berlin, U. v. 07.07.1989, NVwZ-RR 1990, 188
Ausschließung vom Zutritt zu einer öffentlichen Versammlung	VG Karlsruhe, 07.04.1989, NVwZ-RR 1990, 192
Zum Verbot des Bundesparteitages der NPD	OVG Münster, 10.02.1989, NVwZ 1989, 885
Versammlungsverbot wegen ausländerfeindlicher Wahlwerbung	VGH Kassel, 03.02.1989, NJW 1989, 1448
Auflösung einer Versammlung, wenn am Vortag eine angemeldete Versammlung gewalttätig verlaufen ist	OVG Münster, 20.10.1988, NVwZ 1989, 886
Rechtliche Anforderung an eine Auflösungsverfügung	BayObLG, 22.07.1988 – NStZ 1989, 304
Errichten eines militärischen Sicherheitsbereichs auf öffentlichem Platz	OVG Lüneburg, 23.06.1988, NJW 1988, 3280
Das VersG ermächtigt auch zur Teilauflösung einer Versammlung, sofern nur von diesem Teil unmittelbare Gefahr für die öffentliche Sicherheit ausgeht, die anders nicht beseitigt werden kann.	VGH Mannheim, 09.06.1988, NVwZ 1989, 163
Schutz eines Konsulats vor Demonstration/Mahnwache iSv Art. 8 GG kann versammlungsrechtliche Maßnahmen alleine nicht begründen	VG Berlin, 13.01.1988 – VG 1 A 3.86
Zum Verbot der Mahnwache vor dem Bundeskanzleramt	VG Köln, 04.12.1987, NJW 1988, 2123
Hamburger Kessel - Schmerzensgeld für freiheitsentziehende Maßnahmen	LG Hamburg, 06.03.1987, NVwZ 1987, 833
Verbot einer Versammlung mit dem Ziel der Aufforderung zu Sitzdemonstrationen	BayVGH, 04.03.1987, NJW 1987, 2100
Verbringungsgewahrsam gegen Demonstranten rechtswidrig mangels vorheriger Auflösungsverfügung	BVerfG, 14.01.1987, NVwZ 1988, 250

Polizeirechtliche Maßnahmen wie Platzverweis oder Gewahrsam sind erst zulässig, wenn zuvor Grundrechtsschutz aus Art. 8 GG durch Auflösung beendet wurde.	OVG Bremen, 04.11.1986, NVwZ 1987, 235
Verhinderung einer Versammlung ohne Verbot oder Auflösungsverfügung	VG Hamburg, 30.10.1986, NVwZ 1987, 829
Verbot einer Versammlung ist rechtswidrig, wenn nur einzelne Themen von mehreren strafbare Handlungen erwarten lassen	BayVGH, 08.10.1982, BayVBl 1983, 54
Ablehnung eines einstweiligen Demonstrationsverbotes (Brokdorf)	BVerfG, 28.02.1981, DÖV 1981, 456
Zulässiges Versammlungsverbot für Ausländer auf der Grundlage des Ausländergesetzes	BVerwG, 01.07.1975, BVerwGE 49, 46

Vorfeldmaßnahmen

Im Versammlungsvorfeld kann Polizei Identität einer Person feststellen, die an zur Verhütung versammlungsspezifischer Straftaten eingerichteten mobilen Kontrollstelle angetroffen wird. Untersagung der Teilnahme an Versammlung nach § 10 Abs. 3 Satz 1 NVersG erst dann in Betracht, wenn weniger belastende Maßnahmen zur Gefahrenabwehr nicht ausreichen	OVG Lüneburg, 14.01.2020, DÖV 2020, 335 (Ls.)
Bei Folgenabwägung im einstweiligen Rechtsschutzverfahren gegen räumliche Verlegung einer Demonstration (hier: Demonstration gegen „Rote Flora“) ist zum Nachteil des Veranstalters zu berücksichtigen, dass es bei Erlass der einstweiligen Anordnung zu Gefährdung und ggf. Schädigung auch höchstwertiger Rechtsgüter einer ganz erheblichen Zahl von Personen gekommen wäre, obwohl Auslöser hierfür – Versammlung an dem ursprünglich vorgesehenen Ort – wegen Vorliegens der Voraussetzungen eines polizeilichen Notstands rechtmäßigerweise hätte verhindert werden können.	BVerfG, 11.01.2020, NVwZ 2020, 303 = EuGRZ 2020, 150
Ersucht Polizei im Rahmen einer Gefahrerforschungsmaßnahme eine andere Behörde um Amtshilfe, sind ihr idR Amtshilfehandlungen der ersuchten Behörde zuzurechnen, sofern sie Rahmen des Amtshilfeersuchens nicht eindeutig überschreiten. Aufenthalt in einem der Unterkunft für potentielle Demonstrationsteilnehmer dienenden Camp ist unter dem Gesichtspunkt Vorwirkungen der Versammlungsfreiheit durch Art. 8 I GG geschützt, wenn Versammlungsteilnahme ohne Unterkunftsmöglichkeit nicht zu realisieren ist. Faktischer Eingriff in Versammlungsfreiheit ist jedenfalls dann gegeben, wenn das staatliche Handeln einschüchternd oder abschreckend wirkt bzw. geeignet ist, freie Willensbildung und Entschließungsfreiheit derjenigen Personen zu beeinflussen, die an Versammlungen teilnehmen wollen. Dies kann nur aufgrund einer Würdigung der Umstände des jeweiligen Einzelfalls festgestellt werden, bei der objektiver Beurteilungsmaßstab anzulegen ist. Betrifft staatliche Maßnahme lediglich geschützten Vorfeldbereich ist bei Gesamtwürdigung ein umso strengerer Maßstab anzulegen, je größer räumliche oder zeitliche Entfernung zur geschützten Versammlung ist und je weniger daher für spätere Versammlungsteilnehmer ein Bezug zur späteren Versammlung erkennbar ist. Un angekündigter Tiefflug eines Kampfflugzeuges i.H.v. nur 114 m über einem Camp, das potentiellen Teilnehmern einer bevorstehenden Demonstration als ortsnahe Unterkunft dient, hat aus Sicht eines	BVerwG 25.10.2017, JZ 2018, 457 = GSZ 2018, 208 Anmerkung Enders in JZ 2018, 464 Anmerkung Kutscha in GSZ 2018, 108 Anmerkung Sachs in JuS 2018, 596

durchschnittlichen Betroffenen einschüchternde Wirkung und ist deshalb als faktischer Eingriff in Versammlungsfreiheit zu werten. Führt Bundeswehr in Amtshilfe für zuständige Polizeibehörde eine Maßnahme der Gefahrerforschung im Vorfeld einer konkreten Gefahr durch, handelt es sich auch dann nicht um einen nach Art. 87a II GG unzulässigen Einsatz der Streitkräfte im Innern, wenn sie dafür spezifisch militärisches Gerät nutzt.	
Für Fortsetzungsfeststellungsklage gegen im Vorfeld einer angemeldeten Versammlung verfügten Ausschluss als Versammlungsleiter ist Feststellungsinteresse unter dem Gesichtspunkt der Wiederholungsgefahr nur gegeben, wenn der Betroffene beabsichtigt, im Zuständigkeitsbereich derselben Versammlungsbehörde erneut als Versammlungsleiter in Erscheinung zu treten. Ein Rehabilitierungsinteresse setzt fortwirkende konkrete und objektive Beeinträchtigung der Rechtsstellung des Betroffenen voraus, die gerade durch den gerichtlichen Ausspruch der Rechtswidrigkeit beseitigt werden kann.	VGH Mannheim, 27.01.2015, VBIBW 2015, 427 = DÖV 2015, 387 (Ls.)
Zur Rechtmäßigkeit polizeilicher Maßnahmen bei einer Gegendemonstration gegen eine rechte Demonstration, insbesondere Schaffung von verbreiterten Korridoren von 100 bis 200 m zwischen angemeldeter und spontaner (Gegen-)Versammlung.	VGH München, 28.11.2014, BayVBl. 2015, 529 Anm. Werthaler in: Polizei Info 5/2015, 15
Erteilung eines polizeilichen Aufenthaltsverbots bedarf konkreter Tatsachen, aus denen mit erforderlicher Sicherheit auf bevorstehende Begehung von Straftaten gerade durch die betroffene Person geschlossen werden kann. Beschränkungen der Versammlungsfreiheit auch im Vorfeld der Versammlung nur zulässig auf Grundlage des Versammlungsrechts. Ergeht solche Beschränkung nicht, kann nicht auf polizeirechtliches Verbot zurückgegriffen werden.	OVG Lüneburg, 28.06.2013, NordÖR 2013, 416 = DÖV 2013, 740 (Ls.) = NdsVBl. 2014, 47
Fünftägige Ingewahrsamnahme im Vorfeld einer Demo stellt unverhältnismäßigen Verstoß gegen Art. 5 I und Art. 11 EMRK dar, wenn Transparent mit der Aufschrift „freedom for all prisoners“ mitgeführt wird; hierin kann keine Anstiftung zur gewaltsamen Gefangenenbefreiung gesehen werden.	EGMR, 01.12.2011, DÖV 2012, 201 (Ls.) = EuGRZ 2012, 141
Pauschale polizeiliche Durchsuchung der Teilnehmer einer Versammlung vor deren Beginn verletzt Versammlungsfreiheit, da freier Zugang zur Versammlung behindert wird; Gefahrenprognose nach § 15 I VersG erfordert hinreichend konkrete Tatsachengrundlage, bloße Verdachtsmomente oder Vermutungen reichen nicht	BVerfG 12.05.2010, EuGRZ 2010, 350 = LKV 2010, 316 = NVwZ-RR 2010, 625 = JuS 2010, 937
„Polizeifestigkeit“ der Versammlung bezieht sich nur auf Maßnahmen die VersG vorsieht. Im Versammlungsvorfeld (Vorbereitung, Anreise) ist Rückgriff auf Polizeirecht zulässig	BVerwG 25.07.2007, NVwZ 2007, 1439 = DÖV 2008, 28
Rechtswidrigkeit polizeilicher Ingewahrsamnahme im Vorfeld einer Demonstration	OLG Celle 02.04.2004 NVwZ-RR 2005, 252
Zur Zulässigkeit von Vorfeldmaßnahmen auf Grund VersG und Polizeirecht. Zur Unzulässigkeit wiederholter Maßnahmen gegen gleichen Personenkreis und von Maßnahmen nach §§ 12a, 19a VersG sowie deren Voraussetzungen	VG Lüneburg 30.03.2004 NVwZ-RR 2005, 248
Die Spezialität des VersG steht polizeilichen Maßnahmen der Gefahrenabwehr, die im Vorfeld einer Versammlung ergriffen werden, grundsätzlich nicht entgegen. Eine polizeiliche Meldeauflage, die gegenüber dem potentiellen Teilnehmer einer nicht angemeldeten Rudolf - Hess - Gedenkveranstaltung angeordnet wird, ist nur zulässig, wenn gerade bei dieser Person die Gefahr von Rechtsverstößen besteht.	VGH Mannheim, 16.11.1999, DÖV 2001, 218

Die Gefahr, dass aus der Versammlung heraus von anderen Teilnehmern Straftaten begangen werden, reicht nicht aus.	
Zum faktischen Verbot einer Versammlung durch polizeiliche Absperrmaßnahmen	VG Weimar, 09.12.1994, ThürVBl 1995, 43
Waffen auf dem Weg zur Versammlung (Weg ist weit auszulegen)	BayObLG, 10.05.1994, NStZ 1994, 497 = DÖV 1994, 831
Schutzbereich des Grundrechts auf Versammlungsfreiheit (Art. 8 GG umfasst auch den Zugang zu der sich bildenden oder bevorstehenden Versammlung - Vorfeld -)	BVerfG, 11.06.1991, NJW 1991, 2694
Fernhalten eines Störers von einer Versammlung	VGH Mannheim, 12.02.1990, DVBl 1990, 1052
Beschlagnahme von Waffen im nichttechnischen Sinn vor oder im Vorfeld von Großdemonstrationen	VG Braunschweig, 15.07.1987, NVwZ 1988, 661
Mit Art. 8 GG unvereinbar sind Beschränkungen des Zugangs zu Versammlungen durch Behinderung von Anfahrten und schleppe vorbeugende Kontrollen, die Zugang unzumutbar erschweren oder ihren staatsfreien unreglementierten Charakter durch exzessive Observation oder Registrierung verändern (s.a. BVerfGE 65, 1/43 – Volkszählung)	BVerfGE 14.05.1985 69, 315 (Brokdorf)
Anhalten und Kontrolle auf dem Wege zur Versammlung	BayVGH, 08.11.1982, BayVBl 1983, 434
Durchsuchung von Personen, Beschlagnahme von Sachen als Vorfeldmaßnahme – Anreise -	OVG Münster, 10.06.1981, DVBl 1982, 653

Datenerhebung bei Versammlungen

Auflage an Versammlungsleiter, aus Gründen des Infektionsschutzes Teilnehmerliste mit Daten über Vor- und Zuname, Adresse und Telefonnummer zu führen und diese zwei Monate zur Ermittlung von Kontaktpersonen durch Gesundheitsamt bereitzuhalten, verstößt gegen Versammlungsfreiheit und ist unzulässig. Zulässig ist Gebot an Versammlungsleiter, auf freiwillige Eintragung der Teilnehmer in solche Liste hinzuweisen.	VG Köln, 07.05.2020, COVuR 2020, 211 (Anm. Kalscheuer) = ZD 2020, 431
Präsenz von nicht erkennbar ausgeschalteten Kameras hat aus der Sicht eines vernünftigen Dritten eine einschüchternde und abschreckende Wirkung, wobei es unerheblich ist, ob solche Beobachtungseinrichtungen nicht aus Anlass der Versammlung aufgestellt werden. Eingriffsqualität einer Maßnahme hängt nicht von einer bestimmten, nach außen gar nicht erkennbaren Willensrichtung der Polizei ab. Organisation und durch Verwaltung zu genehmigende Anmietung eines Hubsteigers stellen keine unüberwindbaren logistischen Hürden dar.	VG Köln, 12.03.2020, Die Polizei 2020, 508 (Anm. Eibenstein)
Die Beobachtung einer Versammlung im Kamera-Monitor-Verfahren stellt grundsätzlich einen Eingriff in die Versammlungsfreiheit aus Art. 8 I GG dar.	OVG Münster, 11.03.2020, NVwZ-RR 2020, 785
Anfertigung von Übersichtsaufzeichnungen von Versammlung durch Polizeibeamte mit Foto-/Videotechnik ist nach heutigem Stand der Technik für Aufgezeichneten immer Eingriff in Art. 8 Abs. 1 GG, weil Einzelpersonen auch in Übersichtsaufzeichnungen in der Regel individualisierbar miterfasst sind. Gilt auch dann, wenn Fotoaufnahmen zum Zweck der polizeilichen Öffentlichkeitsarbeit gemacht werden. Für	OVG Münster, 17.09.2019, DÖV 2020, 571, Anm. Hettich in DÖV 2020, 558 = ZD 2020, 432 (Ls.)

Anfertigen von Fotoaufnahmen von Versammlungsteilnehmern zum Zweck polizeilicher Öffentlichkeitsarbeit fehlt es an erforderlicher versammlungsgesetzlicher Ermächtigungsgrundlage. Insbesondere kann sich Polizei nicht auf § 23 Abs. 1 Nr. 3 KunstUrhG stützen.	
Anfertigen von Bild- oder Tonaufnahmen durch die Polizei bei Versammlungen ist – unabhängig davon, ob es sich nur um Übersichtsaufnahmen handelt – auch dann unzulässiger Eingriff in die Versammlungsfreiheit, wenn Bilder lediglich zu Zwecken der Öffentlichkeitsarbeit verwendet werden sollen.	VG Gelsenkirchen, 23.10.2018, ZD 2019, 185
Einstweiliger Rechtsschutz im Versammlungsrecht – Ist streitig, ob und wie der Antragsteller gefilmt wurde, kann daraus nicht Wiederholungsgefahr abgeleitet werden.	OVG Berlin-Brandenburg, 09.09.2001, ZD 2012, 47
Verurteilung zur vorbeugenden Unterlassung von Film- und Fotoaufnahmen, in Form von Übersichtsaufnahmen, ist unzulässig, wenn auf Grund entsprechender Weisung durch Polizeipräsidenten die Wiederholungsgefahr fehlt.	VG Berlin, 26.04.2012, ZD 2012, 444
Durch Vorhalten einer auf einem Mast teilausgefahrenen, nicht in Betrieb genommenen Kamera auf dem Dach eines Polizeifahrzeuges kann in Grundrecht der Versammlungsfreiheit eingegriffen werden. Bereitstellung eines mit Mastkamera ausgerüsteten Einsatzfahrzeuges der Polizei am Versammlungsort für die in § 12 I und II NVersG genannten Zwecke ist zulässige Vorbereitungshandlung. Zur Frage, ob Vorhalten einer nicht eingeschalteten Mastkamera in teilausgefahrenem Zustand auf Dach des Einsatzfahrzeuges der Polizei verhältnismäßig im engeren Sinn war (hier: verneint).	OVG Lüneburg, 24.09.2015, NVwZ-RR 2016, 98 = NdsVBl. 201, 45 = DIE POLIZEI 2015, 367 = DÖV 2015, 1073 (Ls.) = NZV 2016, 352 (Ls.)
Fertigt Polizei Filmaufnahmen von einer Versammlung an, ist sie nicht ohne weiteres berechtigt, Identität von Versammlungsteilnehmer festzustellen, die Polizeikräfte ihrerseits filmen. Die Identitätsfeststellung ist nur bei konkreter Gefahr für polizeiliches Schutzgut zulässig.	BVerfG, 24.07.2015, NVwZ 2016, 53 m. Anm. Penz = DIE POLIZEI 2015, 366 = NVwZ-RR 2016, 98
Auch durch die Anfertigung von bloßen Übersichtsaufnahmen einer Versammlung durch die Polizei, die von einer Kamera auf einen Monitor in Echtzeit übertragen und nicht aufgezeichnet und gespeichert werden, wird in die durch Art. 8 GG geschützte Versammlungsfreiheit eingegriffen, so dass es hierfür einer gesetzlichen Grundlage bedarf (vgl. Art 8 II GG).	OVG Koblenz, 05.02.2015 = DVBl 2015, 583 = ZD 2015, 496 = NVwZ-RR 2015, 570 = DÖV 2015, 489 (Ls.)
Bereits Vorhalten einer ausgefahren Mastkamera seitens der Polizei kann bei friedlichen Demonstrationsteilnehmer Eindruck erwecken, dass sie gefilmt werden und Grundrechtseingriff darstellen. Dies gilt auch, wenn Vorhalten eines mit Mastkamera ausgestatteten Fahrzeugs aufgrund einer legitimen Gefahrenprognose erfolgt.	VG Hannover, 14.07.2014 DuD 2015, 47 = JA 2015, 78 m. Anm. Muckel = ZD 2014, 596 (Ls.)
Die Ermächtigung der Polizei zur Anfertigung von Übersichtsaufnahmen nach § 1 III des Berliner Gesetzes über die Aufnahmen und Aufzeichnungen von Bild und Ton bei Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzügen vom 23.04.2013 ist mit der Verfassung von Berlin vereinbar.	OVG Berlin, 11.04.2014, NVwZ 2014, S. 1317 m. Anm, Neskovic/Uhlig
Richten einer aufnahmebereiten Kamera auf Demonstrationsteilnehmer und Übertragung der Bilder in Echtzeit auf Monitor stellt auch ohne Speicherung einen Eingriff in Versammlungsfreiheit und Recht auf informationelle Selbstbestimmung dar. Einsatz der Kameraübertragung ist im Gegensatz zu bloßen Übersichtsaufnahmen geeignet, bei Teilnehmern Gefühl des Überwachtwerdens und damit Unsicherheit und Einschüchterungseffekt zu erzeugen.	OVG Münster, 23.11.2010, DVBl 2011, 175 = NWVBl 2011, 151 = JuS 2011, 479
Beobachtung einer Versammlung durch Polizei mittels Kamera (Anfertigen von Übersichtsaufnahmen, verbunden mit technischer Möglichkeit des gezielten Heranzoomens einzelner Teilnehmer ohne Speicherung der Bilder) stellt ohne Einwilligung der Teilnehmer einen Eingriff in Versammlungsfreiheit gem. Art. 8 I GG und in RiS gem. Art. 2 I	VG Berlin, 05.07.2010, DVBl 2010, 1245 mit Anm. Söllner = NVwZ 2010, 1442 und DIE POLIZEI 2010, 311

iVm 1 I GG dar; §§ 12a, 19a VersG bieten hierfür ohne erhebliche Gefährdung der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung keine Rechtsgrundlage. Einzelner Teilnehmer könnte ungewollt eingeschüchtert und zu bestimmten der Polizei gerecht werdenden Verhaltensweisen veranlasst oder ganz von der Teilnahme an der Versammlung abgehalten werden.	
Übersichtsaufzeichnungen sind nur zulässig, wenn tatsächliche Anhaltspunkte die Annahme rechtfertigen, dass von der Versammlung erhebliche Gefahren für öffentliche Sicherheit oder Ordnung ausgehen und auch die anschließende Nutzung und Speicherung anlassbezogen begrenzt bleibt.	BVerfG, 17.02.2009, EuGRZ 2009, 167 =NVwZ 2009, 441 =NJW 2009, 1481 =DÖV 2009, 410 =BayVBl 2009, 335 =VR 2009, 245
Videoaufnahmen einer Versammlung nur zulässig, wenn Tatbestandsvoraussetzungen §12 a, 19a VersG vorliegen	VG Münster, 21.08.2009 NWVBl. 2009, 487
Für Bild- und Tonaufnahmen im Zusammenhang mit öffentlichen Versammlungen erforderliche erhebliche Gefahr für die öffentliche Sicherheit liegt vor, wenn eine hohe Wahrscheinlichkeit besteht, dass es sich bei den Insassen eines zu kontrollierenden Busses um Mitglieder einer vom Verfassungsschutz als gewalttätig eingestuftem Gruppierung handelt.	VG Lüneburg, 30.03.2004, NVwZ-RR 2005, 248
Optische Dokumentation eines Demonstrationzuges durch Video- und Fotoaufnahme ist unabhängig davon, ob Übersichts- oder Einzelaufnahmen angefertigt werden ein Eingriff in Versammlungsfreiheit. Vor Inkrafttreten §§ 12a, 19a VersG war Anfertigung solcher Aufnahmen gem. § 15 II und I VersG iVm § 28 I Nr.1 PolG BR nur zulässig, wenn öffentliche Sicherheit unmittelbar gefährdet war. Vor Inkrafttreten durften Personen, die selbst nicht Verursacher einer Gefahr oder Verantwortliche für Gefahrenquelle waren nur unter Voraussetzungen des polizeilichen Notstandes fotografiert werden. § 30 I PolG BR schränkt die in § 28 I PolG BR geregelte Befugnis zur Informationserhebung für öffentliche Versammlungen ein.	OVG Bremen, 27.03.1990, DVBl 1990, 1048 =MDR 1990, 950 =RDV 1990, 255 =NVwZ 1990, 1188 = StV 1991, 123
Fotoüberwachung und Videoüberwachung sowie „einschließende Begleitung“ einer Demonstration durch Polizeireihen sind nur bei Vorliegen von unmittelbarer Gefahr für die öffentliche Sicherheit zulässig. Wenn unmittelbare Gefahr fehlt, muss staatliches Interesse der Informationsgewinnung gegenüber ungestörter Grundrechtsausübung zurücktreten.	VG Bremen, 05.12.1988, NVwZ 1989, 895 = DuR 1989, 332

Versammlungsstrafrecht

Parole „Nie, nie, nie wieder Israel“ erfüllt für sich genommen nicht den Straftatbestand der Volksverhetzung. Sie überschreitet mit Blick auf die Reichweite des Art. 5 I 1 Hs. 1 GG die Schwelle zur Strafbarkeit nicht. Sie fordert nicht zu Gewalt- oder Willkürmaßnahmen gegen bestimmte Bevölkerungsteile auf und greift auch nicht deren Menschenwürde an. Die Äußerung kann vielmehr als - von Art. 5 I 1 Hs. 1 GG gedeckte - überspitzte und polemische Kritik an der Politik des Staates Israel verstanden werden.	OVG Münster, 21.10.2019, NVwZ-RR 2020, 204
Verurteilung als faktischer Leiter einer nicht angemeldeten Versammlung aus herausgehobener Stellung innerhalb Versammlungsgeschehens oder aus konkludenten Verhalten einer Person gefolgert und strafrechtlich sanktioniert	BVerfG, 09.07.2019, NVwZ 2019, 1509



Das Lied „Ein junges Volk steht auf“ stellt ein nach § 86a StGB strafbares Kennzeichen dar und darf im Rahmen einer Versammlung weder öffentlich gesungen noch gesprochen werden.	OVG Lüneburg, 26.04.2012, DÖV 2012, 648 (Ls.) = NdsVBl. 2012, 244
Tragen von Zahnschutz während Versammlung stellt Vergehen nach §§ 27 II Nr.1, 17a I VersG dar. Zahnschutz, der auf den Kauflächen der Zähne getragen wird, wird bei bestimmten Kampfsportarten, etwa beim Boxen, zum Schutz der Mundpartie vor den Auswirkungen eines Schlages eingesetzt und ist damit als Schutzwaffe iSd § 17a I VersG einzustufen, bei Mitführen von derartigen Schutzwaffen im technischen Sinne wird Gewaltbereitschaft und damit Gefahr unfriedlichen Verhaltens unwiderleglich vermutet.	OLG Frankfurt a.M., 11.04.2011, NStZ-RR 2011, 257
Uniformverbot nach §§ 3 I, 28 VersG gilt für Uniformen als Symbol organisierter Gewalt, allein das Tragen gleichartiger Kleidungsstücke als Ausdruck gemeinsamer politischer Gesinnung reicht nicht. Uniformen, sowie Kleidungsstücke die Uniformen substituieren, symbolisieren die quasi-militärische Organisation einer Menge als „institutionelles Gehäuse“ für Gewaltbereitschaft, Bedrohung und Einschüchterung und sind idR geeignet, beim Beobachter suggestiv-militante Effekte in Richtung auf einschüchternde uniforme Militanz auszulösen.	OLG Koblenz, 11.01.2011, NStZ-RR 2011, 187
Verbotene Vermummung iSv § 17a II VersG nur, wenn Identifizierung durch die Strafverfolgungsbehörden verhindert werden soll. Absicht nicht nachweisbar, wenn durch Vermummung allein Anfertigen von Fotos des jeweiligen politischen Gegners verhindert werden soll, um späteren Repressalien zu entgehen	LG Hannover, 20.01.2009, StV 2010,640
Vermummungsverbot nach § 17a II VersG steht nicht unter Vorbehalt, dass nur ggü Vollstreckungsbehörden Identität nicht verschleiert werden darf. Wegen abstrakter Gefahr, die von einer Vermummung bei Demonstrationen ausgeht, gilt Verbot uneingeschränkt	KG, 07.10.2008, StV 2010, 637
Während öffentlicher Versammlung mitgeführte Schlagschutzhandschuhe (hier im Bereich der Fingerknöchel mit Quarzsand verstärkt) sind keine Schutzwaffen im technischen Sinn gem. § 17a I 1.Alt. VersG, sondern Gegenstand der als Schutzwaffe geeignet ist iSv § 17a I 2.Alt. Für Strafbarkeit nach § 27 II Nr.1 VersG ist daher erkennbarer Wille des Versammlungsteilnehmers erforderlich, den Gegenstand als Schutzwaffe zu verwenden	OLG Dresden, 17.06.2008, StV 2010, 639